



SwissLife

Swiss Life Pensionskasse AG

Geschäftsbericht 2011

Swiss Life Pensionskasse AG
Geschäftsbericht 2011

Inhalt

4	Organe
5	Lagebericht
5	• Marktsituation/Überblick
9	• Geschäftsverlauf
12	• Risikomanagement und Risiken der künftigen Entwicklung
16	• Geschäftsaussichten
17	• Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen
17	• Versicherungsangebot
18	• Bestandsbewegung
19	Gewinnverwendungsvorschlag
20	Bericht des Aufsichtsrats
21	Bilanz
23	Gewinn- und Verlustrechnung
24	Anhang
24	• Rechnungslegungsvorschriften
24	• Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
28	• Erläuterungen zur Bilanz
34	• Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
37	• Sonstige finanzielle Verpflichtungen
37	• Sonstige Angaben
38	• Konzernübersicht
39	Überschussbeteiligung 2012
56	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
57	Impressum

Organe

1. Aufsichtsrat

- Dr. Wilhelm Schneemeier
Aufsichtsratsvorsitzender
Mitglied der Geschäftsleitung der
Swiss Life AG, Niederlassung für Deutschland
- Dr. Tilo Finck
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
Mitglied der Geschäftsleitung der
Swiss Life AG, Niederlassung für Deutschland
- Alexander Schaab
Bereichsleiter Operations der
Swiss Life AG, Niederlassung für Deutschland

2. Vorstand

- Siegfried Singer
Bereichsleiter Vertrieb Betriebliche Vorsorge der
Swiss Life AG, Niederlassung für Deutschland
- Thomas Zimmermann
Geschäftsführer Schweizer Leben PensionsManagement GmbH (SLPM GmbH)
- Peter Bauer
Geschäftsführer Schweizer Leben PensionsManagement GmbH (SLPM GmbH)

3. Geschäftsführung

Die Geschäftsführung erfolgt durch den Vorstand.

4. Treuhänder

- Prof. Dr. Josef Dinauer
- Jürgen Strauß (Vertreter) bis 31.08.2011
- Richard Matzinger (Vertreter) ab 01.09.2011

5. Verantwortlicher Aktuar

Dr. Markus Deiml

6. Abschlussprüfer

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Lagebericht

1. Marktsituation/Überblick

Europäische Schuldenkrise belastet deutsche Konjunktur

Trotz Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum legte die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr kräftig zu: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs um 3,0 %. Dieses Wachstum wird 2012 nicht erreicht werden. Zu einer Rezession wird es ungeachtet der hohen Unsicherheit wohl aber nicht kommen.

Konjunkturdynamik leicht abgeschwächt

Der kraftvolle Start der deutschen Wirtschaft zu Beginn des Jahres hat im zweiten Halbjahr deutlich an Schwung verloren. Maßgeblich verantwortlich dafür sind die Finanzmarkturbulenzen als Folge der Schuldenkrise in Europa und den USA. Entsprechend sind die Konjunkturaussichten für Deutschland für 2011 von vielen Wirtschaftsforschungsinstituten im Verlauf des Jahres nach unten korrigiert worden. Insgesamt ergab sich aber aufgrund der starken Entwicklung zu Jahresbeginn immer noch ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 3,0 %.

Konjunkturaussichten für 2012

Das vergleichsweise schwache Wirtschaftswachstum wird zunächst auch die Entwicklung im kommenden Jahr prägen. 2012 wird der deutsche Außenhandel nur noch moderat wachsen. Sowohl die Exporte als auch die Importe werden voraussichtlich um 3,0 % zulegen. Damit wird der Außenbeitrag kaum noch verstärkenden Einfluss auf das Wirtschaftswachstum haben. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen wird aufgrund der schwächer werdenden Weltwirtschaft ebenfalls an Dynamik verlieren. Der private Konsum wird sich im nächsten Jahr dank der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt deutlich langsamer abschwächen als das gesamtwirtschaftliche Wachstum und so eine wichtige Konjunkturstütze bleiben. Das Wirtschaftswachstum dürfte im kommenden Jahr abflauen und nur noch 1,25 % betragen.

Außenhandel

Der Außenhandel war im ersten Halbjahr 2011 treibende Kraft der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Die Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum führte allerdings im zweiten Halbjahr zu einem beschleunigten Rückgang der inländischen und ausländischen Nachfrage. Aufgrund der sehr guten Entwicklung im ersten Halbjahr 2011 stiegen die realen Exporte um 8,2 %, die realen Importe um 7,2 %.

Investitionen

Wie schon 2010 stellten auch 2011 die Ausrüstungsinvestitionen eine stabilisierende Größe der Binnenkonjunktur dar. Hohe Kapazitätsauslastungen der Industrie und attraktive Finanzierungsbedingungen für Realinvestitionen führten bei den realen Ausrüstungsinvestitionen zu einem Plus von 8,3 % gegenüber dem Vorjahr.

Auch die Bauinvestitionen hatten einen sehr guten Start ins Jahr 2011. Sie stiegen im ersten Quartal 2011 wegen günstiger Witterungsbedingungen kräftig an. Insgesamt konnten die realen Bauinvestitionen im Betrachtungszeitraum einen

Zuwachs von 5,4 % verzeichnen. Die stärksten Impulse gingen dabei von den Wohnungsbauinvestitionen aus.

Arbeitsmarkt sehr robust

Die Dynamik des seit gut anderthalb Jahren andauernden Beschäftigungsaufschwungs setzte sich auch 2011 fort. Insbesondere der Mangel an Fachkräften führte zu einer konstant hohen Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen. Im Jahresdurchschnitt lag die Anzahl der Erwerbstätigen bei rund 41,0 Mio. und die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei 28,4 Mio.

Die Anzahl der Arbeitslosen blieb im Jahresdurchschnitt knapp unter 3,0 Mio, was einer Arbeitslosenquote von 7,1 % entspricht.

Privater Konsum

Der private Konsum war über das gesamte Jahr 2011 eine wichtige Stütze der Inlandsnachfrage und des gesamtwirtschaftlichen Wachstums. Er legte preisbereinigt mit 1,5 % so stark zu wie zuletzt vor fünf Jahren.

Konjunktur, Zinsen, Aktien

Zu Beginn des Jahres 2011 setzte sich die konjunkturelle Erholung aus dem Vorjahr fort. Die deutsche Wirtschaft lag mit einer Wachstumsrate von 4,7 % im ersten Quartal im Jahresvergleich unter den Staaten im Euroraum sogar an der Spitze dieser Entwicklung. Das hohe Tempo zu Beginn des Jahres ließ sich jedoch nicht halten und die anderen europäischen Volkswirtschaften konnten dem deutschen Wachstum aufgrund der Euro-Schuldenkrise nicht folgen. So schwächte sich die Konjunktur in den europäischen Volkswirtschaften zum Ende des Jahres hin ab. Es kam jedoch bisher nicht zu einem Einbruch wie im Jahr 2008.

Bereits im zweiten Quartal kristallisierte sich heraus, dass sich die Staatsschuldenkrise in Europa nicht auf Griechenland, Portugal und Irland begrenzen ließ. Zunächst stiegen die Renditen von Spanien und Italien in der Spitze auf 6,7 % bzw. 7,2 %. Schließlich traf es auch die bis dahin als stabil geltenden Euro-Kernländer wie Frankreich und Österreich, deren Renditen auf 3,7 % bzw. 3,8 % sprangen und damit kurzzeitig fast 2,0 % höher lagen als die Rendite deutscher Staatsanleihen.

Mitverantwortlich für diese Entwicklung war, dass die Ratingagenturen den Ratingausblick für die Kernländer der Eurozone, selbst für Deutschland, auf negativ setzten, was auf ein gewisses Unverständnis stieß. Im Zuge dieser Diskussion traten Sorgen um ein Auseinanderbrechen der Euro-Währungsunion in den Vordergrund. Erst ein Krisengipfel der europäischen Regierungschefs, auf dem unter anderem die Verankerung einer Schuldenbremse in allen Ländern der Eurozone beschlossen wurde, bewirkte eine gewisse Beruhigung an den Märkten. Zusätzlich hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Ankauf von Staatsanleihen schwächerer Euroländer forciert und damit die europäischen Regierungen in deren Bemühungen unterstützt, durch Budgetkonsolidierungen und eine engere fiskalische Zusammenarbeit das Vertrauen an den Kreditmärkten wiederherzustellen.

Vor diesem Hintergrund stieg die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen bis April 2011 auf 3,5 %, bevor sie sich im Zuge des Vertrauensverlusts gegenüber den meisten anderen europäischen Staatsanleihen mehr als halbierte und im

September 2011 bei 1,63 % notierte. Bis zum Jahresende stieg die Rendite unter Schwankungen wieder auf 1,83 % an.

In den USA war die wirtschaftliche Entwicklung mit Wachstumsraten von 1,8 % im Quartalsvergleich weitgehend stabil. Die hartnäckig hohe Arbeitslosigkeit und der immer noch schwache Immobilienmarkt belasteten jedoch weiterhin. Zur Stimulierung der Wirtschaft hielt die amerikanische Notenbank an ihrer Politik des billigen Geldes und des Aufkaufs von Staatsanleihen fest. Der ungeklärte Umgang der USA mit ihrer ebenfalls hohen Staatsverschuldung führte dazu, dass Standard & Poor's den USA im Sommer erstmals das AAA-Rating entzog.

Die Lage in Japan war durch das Erdbeben und den Nuklearunfall in Fukushima geprägt. Während die Wirtschaftsleistung des Landes im ersten Quartal 2011 bedingt durch diese Katastrophen um 1,7 % fiel, ließen Nachholeffekte und Wiederaufbauleistungen das Wachstum im Jahresverlauf wieder auf 1,4 % im Quartalsvergleich ansteigen.

Selbst in aufstrebenden Volkswirtschaften wie China gingen die Wachstumsraten zurück, wenngleich sie mit Werten im Bereich von 9,0 % weiterhin auf einem hohen Niveau lagen. Die dortige Notenbank änderte außerdem ihren zuvor restriktiven Kurs im Jahresverlauf zugunsten einer vorsichtigen Lockerung.

Die Rendite sämtlicher Arten festverzinslicher Papiere im Euroraum wie Pfandbriefe und Industriefestverzinsliche entwickelten sich überwiegend im Gleichschritt mit ihren jeweiligen Nationalstaaten, sodass das Anlageergebnis bei festverzinslichen Papieren im Jahr 2011 überwiegend von der Länderauswahl bestimmt wurde. Festverzinsliche Titel von aufstrebenden Volkswirtschaften aus Lateinamerika gewannen teilweise mehr als 10,0 % an Wert. Bei Ländern aus der arabischen Welt und Osteuropa war das Ergebnis dagegen überwiegend negativ.

Finanzinstitute waren von den Verwerfungen an den Staatsanleihemärkten besonders betroffen: Zum einen verringerte sich der Wert ihrer im Eigenbestand gehaltenen Staatsanleihen aus den europäischen Peripherieländern teilweise dramatisch, zum anderen verschlechterte die nachlassende konjunkturelle Entwicklung in weiten Teilen der Welt die Qualität ihres klassischen Kreditportfolios. Gleichzeitig ließen neue gesetzliche Vorschriften Zweifel daran aufkommen, dass Gläubiger von Bankanleihen stets auf die Unterstützung des Staates für die Banken in ihrem Land zählen können. Vor diesem Hintergrund verlangten Investoren auch von erstklassigen Banken bei der Emission ungedeckter Anleihen Renditeaufschläge, die selbst in der Finanzkrise 2008 nicht erreicht worden waren – insbesondere für nachrangige Titel. Diese hohen Refinanzierungskosten, zusammen mit steigenden Eigenkapitalanforderungen im Rahmen eines neuen weltweiten Bankaufsichtsregimes, stellen eine Herausforderung für das Geschäftsmodell einer Vielzahl von Banken dar.

Von diesen krisenhaften Entwicklungen profitieren konnten Währungen wie der Schweizer Franken, die norwegische Krone oder der australische und der kanadische Dollar, die als sichere Häfen für Gelder dienten, die aus dem Euroraum abgezogen wurden.

Einen überaus volatilen Verlauf zeigten 2011 auch die Aktienmärkte. Aufgrund der sehr positiven Konjunkturdaten zu Beginn des Jahres konnten europäische Aktien, gemessen am EURO STOXX 50, zeitweise sogar über 10,0 % an Wert zulegen. Der erste Schock ereignete sich jedoch bereits Mitte März, ausgelöst durch die Tsunami-Katastrophe in Japan mit dem darauffolgenden Nuklearunfall in

Fukushima. Diese Entwicklung führte zur Befürchtung, dass eine weltweite Rezession bevorstünde. Diese Ängste konnten jedoch schnell wieder zerstreut werden, sodass die internationalen Aktienmärkte Anfang Mai wieder die bisherigen Jahreshöchststände erreichten.

Ab diesem Zeitpunkt beeinflusste jedoch die Diskussion um die Staatsschulden- und Eurokrise die Märkte massiv und sorgte für anhaltende Kursverluste. Zum Jahrestief im September lag der EURO STOXX 50 um bis zu 28,0 % tiefer als zu Jahresbeginn. Entspannung kam jedoch durch Rettungsaktionen der EZB auf, die teilweise durch andere führende Notenbanken unterstützt wurden, sowie durch Maßnahmen der europäischen Regierungen zugunsten der Länder in Südeuropa. Zum Jahresende wies jedoch lediglich der amerikanische Aktienmarkt eine leicht positive Performance für 2011 auf, während alle anderen Aktienmärkte teilweise im zweistellig negativen Bereich schlossen. Der EURO STOXX 50 schloss zum Jahresende mit einem Minus von 17,0 %.

An den Rohstoffmärkten zeigte sich eine recht uneinheitliche Entwicklung. Während die Agrarpreise im Durchschnitt zurückgingen, war Gold als klassische Krisenanlage gefragt und verteuerte sich deutlich. Der Ölpreis hingegen blieb im Jahresvergleich nahezu unverändert.

Im Immobilienbereich konnte im ersten Halbjahr 2011 der deutsche Büromarkt weiter an Fahrt gewinnen und übertraf die Flächenumsätze des Vorquartals in den wichtigsten Bürozentren um knapp 20,0 %. Die positive Entwicklung der deutschen Industrie im ersten Halbjahr 2011 spiegelte sich auch im Verhalten der Büroflächennutzer wider. Sie waren vermehrt bereit, für gute bis sehr gute Lagen deutlich höhere Preise zu zahlen. Die Spitzenmieten in den sieben größten deutschen Märkten zeigen für das letzte Halbjahr ein deutliches Wachstum. Die Leerstände sind teils bedeutend gesunken.

Das Interesse an Wohninvestments war auch im zweiten Halbjahr 2011 ungebrochen. Da das Angebot dieser Nachfrage nur schwer gerecht werden konnte, war die Kaufpreissituation für Wohninvestments weiter angespannt und die Spitzenrenditen fielen.

Marktsituation Lebensversicherung – Stabile Geschäftsentwicklung

Trotz Schuldenkrise und nachlassender Konjunkturdynamik verzeichnete die deutsche Lebensversicherung eine zufriedenstellende Entwicklung des Beitragsaufkommens. Das Neugeschäft gegen laufenden Beitrag wuchs deutlich um 8,2 %. Dagegen reduzierte sich das Einmalbeitragsgeschäft nach zwei Boom-Jahren um rund 17,4 %. Dennoch erreicht es mit einem Volumen von rund 22,0 Mrd. Euro weiterhin ein sehr hohes Niveau. Gleichwohl führte der Rückgang zu einer Reduzierung der Beitragseinnahmen in der Lebensversicherung um 4,6 % auf 83,2 Mrd. Euro.

Der Markt der Pensionskassen verzeichnete bei den laufenden Neubeiträgen ein Wachstum um 18,3 %. Das Einmaleinlagengeschäft verzeichnete einen Anstieg um 3,6 %.

2. Geschäftsverlauf

Die Swiss Life Pensionskasse AG ist eine rechtlich selbstständige Versorgungseinrichtung. Als 100-prozentige Tochter der Swiss Life AG, Niederlassung für Deutschland, repräsentiert sie einen der fünf Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung für die Muttergesellschaft.

Der Markt für Pensionskassen gestaltete sich in diesem Geschäftsjahr erneut sehr schwierig. Die für Pensionskassen maßgebende steuerliche Förderung der Beiträge über § 3 Nr. 63 EStG gilt gleichlautend auch für den Durchführungsweg Direktversicherung, der traditionell von den Lebensversicherungsunternehmen, mit einer deutlich tieferen Marktdurchdringung als Pensionskassen, angeboten wird. Die Swiss Life Pensionskasse AG konnte dennoch ihre Beitragseinnahmen erneut steigern.

a. Neugeschäft

Die Beitragssumme des Neugeschäfts verminderte sich auf 78 Mio. Euro (2010: 88 Mio. Euro). Die Neubeiträge der Swiss Life Pensionskasse AG betragen insgesamt 3.184 Tsd. Euro (2010: 3.726 Tsd. Euro), wobei auf die laufenden Neubeträge 2.942 Tsd. Euro entfielen. Die Einmalbeiträge des Neugeschäfts betragen 242 Tsd. Euro (2010: 309 Tsd. Euro).

Der Neuzugang umfasste aufgeschobene Rentenversicherungen, die teilweise mit Berufsunfähigkeits- und/oder Hinterbliebenenleistungen (Witwen-, Witwer- und Waisenrenten) verbunden sind. Darüber hinaus wurden durch die Beteiligung am Konsortium der MetallRente auch fondsgebundene Rentenversicherungen abgeschlossen.

b. Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge konnten um 0,6 % auf 42.947 Tsd. Euro gesteigert werden.

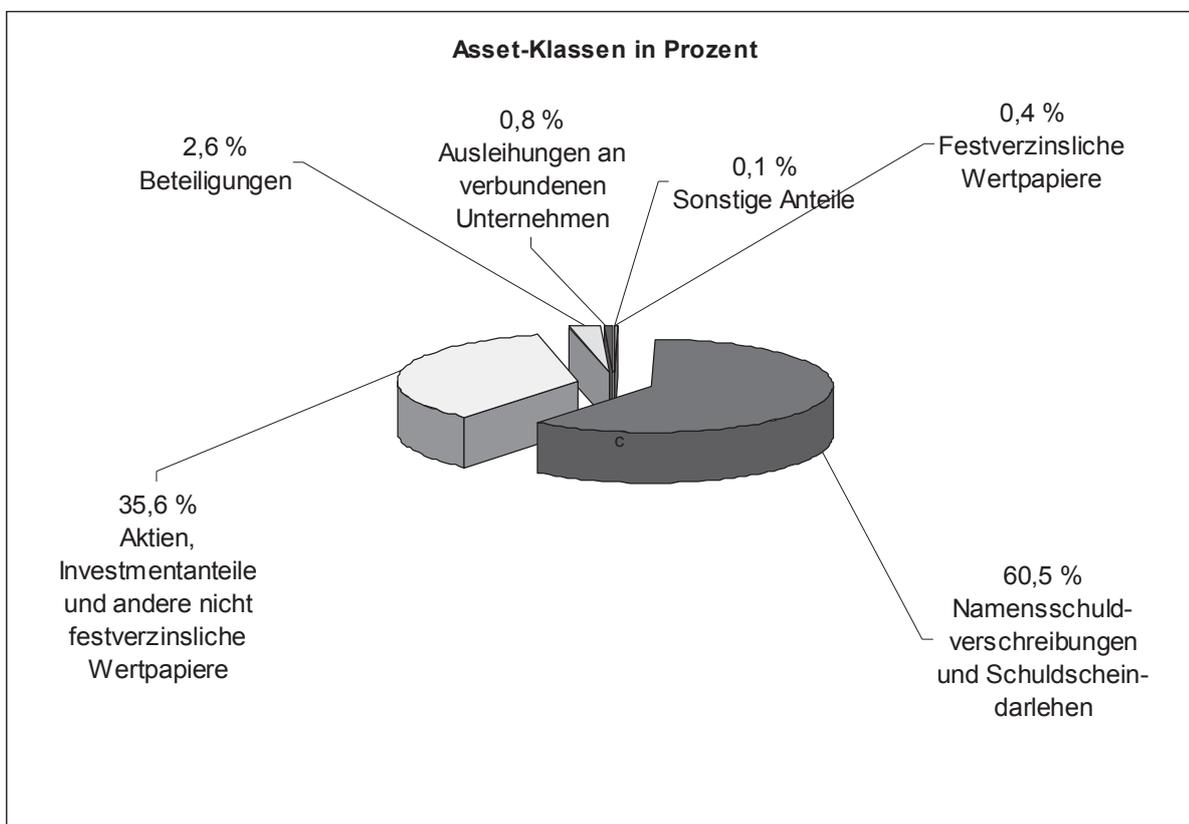
c. Kapitalanlagen

Die Swiss Life Pensionskasse verzeichnete auch im Jahr 2011 einen deutlichen Zuwachs der Kapitalanlagen. Dieser resultierte überwiegend aus der Anlageliquidität aus Prämieinnahmen. Die Euro-Schuldenkrise hatte die Rentenmärkte weiter im Griff. Während die Renditen 10-jähriger Bundesanleihen auf ein historisches Tief von 1,64 % gefallen sind, stiegen die Renditen z. B. in Italien und Spanien in neue Höhen, im Fall Italien teilweise sogar über 7 % in der 10-jährigen Rendite. Trotz des anspruchsvollen Marktumfelds konnte die Swiss Life Pensionskasse AG attraktive Verzinsungen in den Kapitalanlagen einkaufen.

- Namenschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen

Die Namenschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen verzeichneten im Geschäftsjahr 2011 ein Wachstum von 10,8 % auf insgesamt 215,0 Mio. Euro (2010: 194,0 Mio. Euro). Mit einem Anteil von 60,5 % bleibt diese Asset-Klasse die größte innerhalb der Kapitalanlagen.

- Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
Die Position Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurde im Jahr 2011 weiter ausgebaut. Der Bestand in dieser Asset-Klasse erhöhte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 20,6 % auf insgesamt 126,4 Mio. Euro (2010: 104,8 Mio. Euro).
- Festverzinsliche Wertpapiere
Der Bestand an festverzinslichen Wertpapieren blieb zum Ende des Jahres unverändert und lag bei 1,5 Mio. Euro (2010: 1,5 Mio. Euro). Das entspricht 0,4 % des Gesamtbestands an den Kapitalanlagen.
- Beteiligungen
Der Wert der Beteiligungen nahm im Berichtszeitraum um 1,1 % auf 9,1 Mio. Euro (2010: 9,0 Mio. Euro) zu.
- Ausleihungen an verbundenen Unternehmen
2011 wurde der Bestand der Kapitalanlagen um 2,8 Mio. Euro Ausleihungen an verbundenen Unternehmen erhöht. Diese Position trägt mit 0,8 % zum Gesamtbestand der Kapitalanlagen bei.
- Derivative Finanzinstrumente
Derivative Finanzinstrumente wurden im Berichtsjahr in dem gemischten Spezialfonds zur teilweisen Absicherung der Aktienbestände eingesetzt. Dabei kamen neben Optionen auch Devisentermingeschäfte zum Einsatz.



- Hohe Kreditqualität der festverzinslichen Papiere
Die Emittenten der festverzinslichen Papiere der Swiss Life Pensionskasse AG sind zum großen Teil deutsche Pfandbriefbanken oder andere deutsche Kreditinstitute, bei denen die Einlagen der Swiss Life Pensionskasse AG durch ein Sicherungssystem vollständig abgesichert sind. Im Verlauf der Euro-Krise wurden in einem überschaubaren Rahmen Industrieanleihen, sogenannte Corporates, und Emerging Markets Bonds in Spezialfonds erworben, die eine höhere Rendite auswiesen. Dafür wurde jedoch eine etwas schlechtere Bonität als die des zentralen Anleihenportfolios akzeptiert. Der Anteil an PIIGS-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) belief sich auf 6,4 % (inkl. Corporates) der gesamten Kapitalanlagen. Dabei entfallen 3,0 % auf Investments im Direktbestand und 3,4 % auf Spezialfonds. Asset Backed Securities (ABS), d. h. durch Vermögensgegenstände gesicherte Anleihen, Mortgage Backed Securities (MBS), d. h. durch Hypotheken gesicherte Anleihen, oder ähnliche Papiere sind nicht im Bestand.

Bonität der festverzinslichen Wertpapiere:

AAA:	37,4 %
AA:	13,6 %
A:	27,2 %
Rest:	21,8 %

- Höhere Bewertungsreserven
Die Bewertungsreserven bei Kapitalanlagen errechnen sich aus der Differenz zwischen den Zeitwerten und den fortgeführten Anschaffungskosten der einzelnen Bilanzpositionen. Dabei spricht man bei positiven Bewertungsreserven von „stillen Reserven“, bei negativen von „stillen Lasten“. Anschaffungskosten werden dabei durch Zuschreibungen bzw. Abschreibungen beeinflusst, demgegenüber unterliegen die Zeitwerte unmittelbar den Schwankungen des Kapitalmarkts.

Die stillen Reserven der Swiss Life Pensionskasse AG sind aufgrund des Rückgangs des Zinsniveaus in der vergangenen Berichtsperiode auf 18,6 Mio. Euro (2010: 7,3 Mio. Euro) gestiegen. Stille Lasten waren zum Ende des Berichtsjahres in Höhe von 9,4 Mio. Euro (2010: 6,7 Mio. Euro) vorhanden.

- Kapitalanlageergebnis und Nettoverzinsung
Das Kapitalanlageergebnis betrug unter Berücksichtigung der nicht direkt zurechenbaren Aufwendungen im Berichtsjahr 12,8 Tsd. Euro. Damit erzielte die Swiss Life Pensionskasse AG eine Nettoverzinsung von 3,86 % (2010: 4,09 %). Es wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Kapitalanlagen in Höhe von 383 Tsd. Euro vorgenommen. Diese entfielen hauptsächlich auf einen Immobilienfonds.

Das operative Kapitalanlagemanagement verantwortet die Swiss Life Asset Management GmbH, eine Konzerngesellschaft der Swiss Life Holding.

d. Leistungen zugunsten der Versicherungsnehmer

Die ausgezahlten Leistungen an unsere Versicherungsnehmer und der Zuwachs an Leistungsverpflichtungen beliefen sich auf 51,7 Mio. Euro (2010: 51,3 Mio. Euro). Für unmittelbare, vertragsmässig fällige Leistungen wurden 4,9 Mio. Euro (2010: 4,3 Mio. Euro) aufgewendet. Den Rückstellungen für zukünftige Auszahlungen an die Versicherungsnehmer (Deckungsrückstellung, Überschussguthaben, Rückstellung für Beitragsrückerstattung) führten wir 46,8 Mio. Euro (2010: 47,0 Mio. Euro) zu. Für die Überschussbeteiligung unserer Kunden wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) 2,5 Mio. Euro an deklarierten Überschussanteilen entnommen (2010: 2,2 Mio. Euro). Zudem stellten wir unseren Versicherungsnehmern im Rahmen der Direktgutschrift weitere 0,1 Mio. Euro (2010: 0,1 Mio. Euro) als Auszahlung oder Gutschrift auf die Versichertenguthaben zur Verfügung.

Der RfB konnten wir in diesem Geschäftsjahr 4,4 Mio. Euro (2010: 3,6 Mio. Euro) zuführen. Der Bestand der RfB beträgt 9,6 Mio. Euro (2010: 7,7 Mio. Euro). Die darin enthaltene freie RfB sinkt auf 3,9 Mio. Euro (2010: 4,1 Mio. Euro).

e. Rohüberschuss und Überschussverwendung

Der Rohüberschuss (nach Steuern) betrug 5,1 Mio. Euro (Vorjahr: 4,2 Mio. Euro). Aus dem Rohüberschuss wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) 4,4 Mio. Euro (2010: 3,6 Mio. Euro) zugewiesen. Zusätzlich wurden 0,1 Mio. Euro (2010: 0,1 Mio. Euro) als Direktgutschrift gewährt. Eine Beteiligung der Kunden an den Bewertungsreserven erfolgte in Form von Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven aus der RfB und als Direktgutschrift zusammen in Höhe von 0,1 Mio. Euro (2010: 0,1 Mio. Euro). Auf das Jahresergebnis entfielen 0,6 Mio. Euro (2010: 0,5 Mio. Euro).

3. Risikomanagement und Risiken der künftigen Entwicklung

a. Organisation

Die Organisation des Risikomanagements obliegt dem Vorstand der Swiss Life Pensionskasse AG. Dieser legt die Risikostrategie im Einklang mit der Risikopolitik des Konzerns fest. Ziel ist ein in Art und Umfang solides Risikomanagement hinsichtlich aller relevanten Risikoarten. Relevante Risikoarten sind solche, die eine Gefährdung für die Geschäftsziele der Swiss Life Pensionskasse AG beinhalten könnten.

Risiken treten im gesamten Unternehmen und in verschiedenen Ausprägungen auf. Über den Risikomanagementprozess werden daher alle Unternehmensbereiche und Risikoarten abgedeckt. Seit 2011 wird quartalsweise über quantitative Risiken berichtet. Zudem wird jährlich ein umfassender Gesamtrisikobericht im Einklang mit § 64a VAG erstellt.

Das Risikomanagementsystem wird kontinuierlich ausgebaut und regelmäßig durch die interne Revision hinsichtlich seiner Wirksamkeit überprüft. Sowohl die organisatorischen Grundlagen als auch die verwendeten Instrumente des Risikomanagements und -controllings werden fortlaufend ausgebaut.

b. Risikokategorien und ihre Überwachung

Die Swiss Life Pensionskasse AG unterscheidet in Anlehnung an die durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht veröffentlichten Mindestanforderungen an das Risikomanagement bei Versicherungsunternehmen (MaRisk VA) acht Risikoarten:

- Versicherungstechnische Risiken
Die Versicherungstechnischen Risiken sind dadurch gekennzeichnet, dass der Eintritt vertraglich vereinbarter Leistungen und Prämienzahlungen zufälligen Schwankungen unterliegt, während die Höhe der vereinbarten Prämien garantiert ist. Lebenserwartung sowie Sterbe- und Berufsunfähigkeitswahrscheinlichkeiten können sich deutlich anders entwickeln als ursprünglich angenommen. Die tatsächliche Entwicklung dieser Wahrscheinlichkeiten sowie der Stornoraten unterliegt einer regelmäßigen Überwachung und aktuariellen Analyse. Die Höhe der Rückstellungen wird laufend überprüft und an die beobachteten Entwicklungen angepasst, sodass eine angemessene Reservierung sichergestellt ist.
- Marktrisiken
Marktrisiken entstehen durch Schwankungen der Marktpreise der Kapitalanlagen. Hierdurch wird das Zinsergebnis wesentlich beeinflusst.

Im Zinsergebnis werden neben den Kapitalerträgen auch die Aufwendungen für die Zinsgarantie erfasst. Die Prämien für aktuell angebotene Produkte werden nach Abzug von Kosten und Risikobeiträgen seit Anfang 2007 mit einem garantierten Satz von 2,25 % verzinst. Für ältere Verträge werden bis zu 3,25 % Verzinsung garantiert. Ab dem 01.01.2012 wird der Garantiezins auf 1,75 % abgesenkt.

Die Gefahr, Kapital zu einem Zinssatz unterhalb der garantierten Zusagen anlegen zu müssen, ist in den letzten Jahren gestiegen. Damit verbunden ist das Risiko, die Zinsgarantien nicht dauerhaft erfüllen zu können. Ende 2011 war keine Zinszusatzreserve notwendig, da die Swiss Life Pensionskasse AG keine Verträge mit 4,0 % Garantieverzinsung im Bestand hat.

Das Zinsgarantierisiko wird erfolgreich mit einem Asset Liability Management (ALM) begrenzt. Dabei wird das Kapital so investiert, dass den erwarteten Zahlungsverpflichtungen (Liabilities) aus den Verträgen der Swiss Life Pensionskasse AG mit hoher Wahrscheinlichkeit entsprechende Zahlungsströme aus den Kapitalanlagen (Assets) gegenüberstehen.

- Kreditrisiken
Das Kreditrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlusts aufgrund des Ausfalls, der Veränderung der Bonität oder der Bewertung der Bonität (Credit Spread) von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldern, gegenüber denen die Swiss Life Pensionskasse AG Forderungen hat. Kreditrisiken treten damit sowohl im Bereich der Kapitalanlagen als auch im versicherungstechnischen Geschäft auf.

- **Kreditrisiken im Kapitalanlagebereich**
Die Swiss Life Pensionskasse AG hält bei festverzinslichen Anlagen überwiegend Papiere von Emittenten mit guter bis sehr guter Bonität. Gleichzeitig werden Anlagen mit großer Sorgfalt ausgewählt und im Sinne eines Portfolioansatzes auf diverse einzelne Emittenten gestreut. Niedrig eingestufte Anlagen (BBB und tiefer) werden – bezogen auf das Volumen pro Emittent – mittels eines internen Limitierungssystems stark begrenzt.

Die bestehenden Kreditrisiken werden regelmäßig bewertet und überwacht. Neben Bewertungen externer Ratingagenturen werden dabei zusätzlich interne Beurteilungen verwendet. Asset Backed Securities (ABS), d. h. durch einen Pool von Forderungen gesicherte Anleihen, oder Mortgage Backed Securities (MBS), d. h. mit grundpfandrechtlichen Sicherheiten unterlegte Anleihen, sind im Kapitalanlagebestand nicht vorhanden. Bei 64 % der festverzinslichen Wertpapiere ist der Schuldner eine Bank, wobei 90 % über Pfandrechte, Gewährträgerhaftung, Einlagensicherung oder Staatsgarantie besichert sind.
- **Risiken durch den Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft**
Zum 31.12.2011 bestehen nur in geringem Maß Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, da die Swiss Life Pensionskasse AG fast ausschließlich Kollektivgeschäft betreibt und somit Firmen die Kunden sind.
- **Operationelle Risiken**
Zu den operationellen Risiken zählen alle Risiken aus unzulänglichen bzw. fehlgeschlagenen internen Prozessen und aus mitarbeiter- und systembedingten bzw. externen Vorfällen. Darunter fallen auch die Rechtsrisiken.
Durch neue Gesetze oder Neuinterpretationen alter Gesetze können Rechtsrisiken entstehen. Die vielfältigen vertraglichen Vereinbarungen und rechtlichen Rahmenbedingungen, denen die Versicherungsverträge unterliegen, werden laufend durch die Rechts- und Steuerexperten sowie den Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten beobachtet.
- **Liquiditätsrisiken**
Liquiditätsrisiken können dann auftreten, wenn auf den Versicherer unerwartet hohe Versicherungsleistungen zukommen. Die Swiss Life Pensionskasse AG achtet auf die Handelbarkeit des Wertpapierportfolios, um so das Liquiditätsrisiko zu minimieren. Zur Sicherstellung der Handelbarkeit setzen sich die Kapitalanlagen überwiegend aus börsennotierten Wertpapieren und Namenspapieren bzw. Schuldscheindarlehen zusammen, die unbegrenzt oder zumindest zweimal abtretbar sind.
- **Konzentrationsrisiken**
Konzentrationsrisiken entstehen im Unternehmen dort, wo sich Einzelrisiken aufgrund einer hohen Exponierung oder einer starken Korrelation verstärken. Aufgrund des Querschnittscharakters von Konzentrationsrisiken betrachtet die Pensionskasse diese Risiken bei den zugrundeliegenden Einzelrisiken (so z. B. im Rahmen der Kreditrisiken und der versicherungstechnischen Risiken).

- **Strategische Risiken**
Strategische Geschäftsentscheidungen beruhen in der Regel auf Einschätzungen über die zukünftige Entwicklung. Damit bergen sie stets das Risiko, dass die prognostizierte Entwicklung nicht oder nicht in vollem Umfang eintritt. Zudem kann es in einem sehr dynamischen Umfeld zu Fehleinschätzungen über tatsächliche Trends und Entwicklungen des Markts kommen. Die Swiss Life Pensionskasse AG beobachtet die Märkte kontinuierlich und stellt bei strategischen Entscheidungen sicher, dass Einschätzungen und Grundlagen transparent und nachvollziehbar sind. Die Unternehmensstrategie wird regelmäßig überprüft und ggf. auch kurzfristig an ein verändertes Marktumfeld angepasst.
- **Reputationsrisiken**
Versicherung ist Vertrauenssache. Um langfristig am Markt erfolgreich für unsere Aktionäre, Mitarbeiter und Kunden zu sein, wird die Wahrnehmung der Swiss Life Pensionskasse AG in der Öffentlichkeit regelmäßig analysiert. Wir streben – intern wie extern – einen transparenten und offenen Dialog an. Unsere Kommunikationsstrategie definieren wir in enger Abstimmung mit dem Konzern.

c. Ergebnisse des Stresstests

Die Swiss Life Pensionskasse AG führt regelmäßig Stresstests durch, bei denen unter vorgegebenen negativen Annahmen für den Aktien-, Bond- und Immobilienmarkt der Wertverfall der Aktivseite und die damit verbundenen Auswirkungen auf die gesamte Bilanz überprüft werden. Ziel ist es, auch unter diesen Stressbedingungen die Solvenzanforderungen nachweislich zu erfüllen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht fordert ausreichende Solvenzmittel für die folgenden vier Szenarien:

1. Rückgang der Rentenkurse um 10 % bei gleich bleibenden Aktienkursen
2. Rückgang der Aktienkurse um 14 % bei gleich bleibenden Zinsen
3. Rückgang der Rentenkurse um 5 % bei gleichzeitigem Rückgang der Aktienkurse um 12 %
4. Rückgang des Marktwerts der Immobilien um 10 % bei gleichzeitigem Rückgang der Aktienkurse um 12 %

Zusätzlich wird bei jedem Szenario ein Abschlag für Bonitätsrisiken unterstellt. Die Swiss Life Pensionskasse AG hat 2011 alle Stresstestszenarien bestanden.

Der Marktwert der Kapitalanlagen zum 31.12.2011 würde sich wie folgt ändern, wenn sich die Aktien, Zinsen und Immobilien den Szenarien entsprechend entwickelten:

Szenario	Aktienkurs	Marktwertveränderung in Mio. Euro	Rentenkurs	Marktwertveränderung in Mio. Euro	Marktwert der Immobilien	Marktwertveränderung in Mio. Euro	Bonitätsabschlag	Gesamte Änderung in Mio. Euro
1	-	--	-10 %	-0,430	-	-	-1,316	-1,746
2	-14 %	-2,275	-	-	-	-	-1,316	-3,591
3	-12 %	-2,063	-5 %	-0,215	-	-	-1,316	-3,594
4	-12 %	-2,063	-	-	-10 %	-1,118	-1,316	-4,497

d. Einschätzung der gesamten Risikolage

Die Solvabilität der Swiss Life Pensionskasse AG entspricht den aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Solvabilitätsspanne ist mit Eigenmitteln ausreichend bedeckt. Die Solvabilitätsquote liegt bei 151,6 % (2010: 151,2 %). Die Eigenmittel übersteigen damit die aufsichtsrechtlichen Anforderungen von 15,1 Mio. Euro (2010: 13,3 Mio. Euro) um 7,8 Mio. Euro (2010: 6,8 Mio. Euro). Die saldierten Bewertungsreserven zum 31.12.2011 betragen 9,2 Mio. Euro (2010: 0,6 Mio. Euro).

4. Geschäftsaussichten

Vom prognostizierten Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2012 um etwa 3,0 % werden auch die Altersvorsorgemaßnahmen profitieren. Auch zeigt die leicht positive Entwicklung unserer gebuchten Bruttobeiträge 2011 nach einem deutlichen Anstieg im Jahr 2010, dass wir uns im Wettbewerb mit den ungleich größeren Lebensversicherungsgesellschaften behaupten konnten. Dennoch meint der Vorstand, dass wir unser künftiges Wachstum vor allem aus unserem Kundenbestand generieren und weniger über die Gewinnung neuer Arbeitgeber erzielen werden. Mit der Gleichschaltung der steuerlichen Förderung von Beiträgen zu Pensionskassen und Lebensversicherungsgesellschaften tendieren Arbeitgeber, die neue Versorgungswerke einrichten, zunehmend zu der bekannteren Direktversicherung, die ausnahmslos von Lebensversicherungsunternehmen angeboten wird.

Die stärkere Fokussierung auf unseren Kundenbestand wird ein, wenn auch verhaltenes, Beitragswachstum im Jahr 2012 bewirken. Getragen wird diese Erwartung auch vom stabilen Arbeitsmarkt, der insbesondere zu Neueinstellungen von Fachkräften führen wird, sowie der positiven Stimmung im Unternehmensbereich. Neue Chancen für die Pensionskassen werden sich erst ab 2013 ergeben, wenn die Unisex-Tarifierung sowohl im Pensionskassen- als auch im Lebensversicherungsbereich umgesetzt ist. In dieser Einschätzung geht der Vorstand davon aus, dass sich die für die private Vorsorgelösungen gesetzlich geforderte Gleichstellung der Leistungen für Frauen und Männer auch auf die betriebliche Altersversorgung ausdehnen wird. Der in der Beitragskalkulation anzusetzende Mix von Frauen und Männern wird der entscheidende Hebel für die Wettbewerbsfähigkeit der Pensionskassen untereinander und zu den Lebensversicherungsunternehmen sein.

5. Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Für das Geschäftsjahr 2011 wurde vom Vorstand am 23.03.2012 der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt und gemäß § 312 Abs. 3 Aktiengesetz (AktG) folgende Erklärung abgegeben: „Nach den Umständen, die uns zum Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, haben wir bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Berichtspflichtige Maßnahmen wurden im Geschäftsjahr weder vorgenommen noch unterlassen.“

6. Versicherungsangebot

Die Swiss Life Pensionskasse AG betreibt Lebensversicherungen und damit verbundene Zusatzversicherungen einschließlich aller rechtlich zulässigen Geschäfte im Rahmen von § 7 Abs. 2 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG). Die Versicherungen dienen ausschließlich dem Ausgleich wegfallender Erwerbseinkommen im Alter, bei Invalidität oder Tod. Im Rahmen von Konsortialverträgen wird auch fondsgebundenes Geschäft betrieben.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn 2011 beträgt 610.000,00 Euro.

Wir schlagen der Hauptversammlung vor, diesen Betrag wie folgt zu verwenden:

Einstellung in Gewinnrücklagen	Euro 610.000,00
--------------------------------	--------------------

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand der Gesellschaft auf Basis ausführlicher schriftlicher und mündlicher Berichte des Vorstands regelmäßig überwacht.

In fünf ordentlichen Aufsichtsratssitzungen hat der Vorstand den Aufsichtsrat persönlich zur Lage der Gesellschaft informiert. Themenschwerpunkte dieser Sitzungen sowie der laufenden Information waren das Risikomanagement, die Kapitalanlage, das MetallRente-Konsortium sowie die stillen Lasten. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat die Quartalsberichte gemäß § 90 AktG vorgelegt. In diesen wurden unter anderem die Entwicklung der Beitragseinnahmen, der Kapitalanlagen, der Produkte und der Verwaltung dargestellt und erläutert. Während des Berichtszeitraums ergaben sich keine Beanstandungen gegenüber der Geschäftsführung. Auf Grund der laufenden Berichterstattung waren im Geschäftsjahr 2011 keine Prüfungsmaßnahmen nach § 111 Abs. 2 S. 1 AktG erforderlich.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers haben dem Aufsichtsrat vorgelegen. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten und vom Abschlussprüfer mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 geprüft. Der Abschlussprüfer war bei der Bilanzaufsichtsratssitzung anwesend und hat über die Durchführung der Prüfung berichtet. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts haben sich für den Aufsichtsrat keine Einwendungen ergeben. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Ergebnis des Abschlussprüfers an. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2011, der in der vorliegenden Form der Hauptversammlung vorgelegt wird.

Das Geschäftsjahr 2011 schließt mit einem Bilanzgewinn in Höhe von 610.000,00 Euro. Nach eingehender Prüfung unter Berücksichtigung der Lage der Gesellschaft sowie der Aktionärsinteressen befürwortet der Aufsichtsrat den vom Vorstand vorgelegten Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns und schließt sich diesem an.

Der vom Vorstand aufgestellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hierzu lagen dem Aufsichtsrat vor und wurden von diesem geprüft. Der Abschlussprüfer hat nach seiner pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung mit dem folgenden Vermerk bestätigt, dass

- „1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war oder Nachteile ausgeglichen worden sind.“

Dieser Beurteilung schließt sich der Aufsichtsrat nach seiner Prüfung an und hat keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat hat ferner in seiner Sitzung am 09.05.2012 den Erläuterungsbericht des Verantwortlichen Aktuars entgegengenommen und erörtert. Es ergaben sich keine Beanstandungen oder Einwendungen.

München, 09. Mai 2012

Für den Aufsichtsrat

Dr. Wilhelm Schneemeier
Aufsichtsratsvorsitzender

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Aktivseite	2011 Euro	2011 Euro	2010 Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände		5.265.189,89	5.923.338,62
B. Kapitalanlagen			
I. Kapitalanlagen in verbunden Unternehmen und Beteiligungen			
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		2.800.000,00	0,00
2. Beteiligungen		9.092.920,56	9.019.761,27
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		126.430.543,96	104.757.482,95
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		1.500.000,00	1.500.000,00
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	85.500.000,00		83.500.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	129.481.365,93		110.500.000,00
c) Übrige Ausleihungen	382.642,98		317.796,22
		215.364.008,91	194.317.796,22
		355.187.473,43	309.595.040,44
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice		5.280.078,14	5.145.460,41
D. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
Versicherungsnehmer			
a) Fällige Ansprüche	4.538.552,20		4.387.419,84
b) Noch nicht fällige Ansprüche	571.857,13		586.536,97
		5.110.409,33	4.973.956,81
II. Sonstige Forderungen		481.810,81	817.167,78
davon an verbundene Unternehmen:		5.592.220,14	5.791.124,59
2.683,08 Euro (Vorjahr: 2.683,00 Euro)			
E. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten		2.907.319,87	839.166,87
II. Andere Vermögensgegenstände		405.939,71	271.032,37
		3.313.259,58	1.110.199,24
F. Rechnungsabgrenzungsposten			
Abgegrenzte Zinsen und Mieten		5.020.511,33	4.584.233,03
Summe der Aktiva		379.658.732,51	332.149.396,33

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen gemäß den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

München, 19. März 2012

Prof. Dr. Josef Dinauer
Treuhänder

Passivseite	2011 Euro	2011 Euro	2010 Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.000.000,00		3.000.000,00
II. Kapitalrücklage	16.714.868,56		16.714.868,56
III. Gewinnrücklagen			
andere Gewinnrücklagen	1.290.787,48		790.787,48
IV. Bilanzgewinn	<u>610.000,00</u>		<u>500.000,00</u>
		21.615.656,04	21.005.656,04
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Beitragsüberträge	5.355.230,82		5.724.904,50
II. Deckungsrückstellung	335.267.597,34		290.559.676,26
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	909.495,52		529.305,92
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	<u>9.621.202,67</u>		<u>7.724.662,31</u>
		351.153.526,35	304.538.548,99
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			
		5.280.078,14	5.145.460,41
D. Andere Rückstellungen			
I. Steuerrückstellungen	0,00		119.800,00
II. Sonstige Rückstellungen	<u>47.201,36</u>		<u>49.105,30</u>
		47.201,36	168.905,30
E. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	1.039.177,64		931.219,79
II. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>509.304,87</u>		<u>335.769,06</u>
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 502.963,69 Euro (Vorjahr: 332.981,14 Euro)		1.548.482,51	1.266.988,85
davon aus Steuern: 3.491,18 Euro (Vorjahr: 147,92 Euro)			
F. Rechnungsabgrenzungsposten		13.788,11	23.836,74
Summe der Passiva		379.658.732,51	332.149.396,33

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B. II. und C. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f des Handelsgesetzbuchs sowie der aufgrund des § 65 Abs. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c in Verbindung mit § 118b Abs. 5 Satz 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 24.10.2011 genehmigten Geschäftsplan und für Teile des Konsortialgeschäfts von den Konsortialführern gemäß ihren Mitteilungen nach aktuariellen Grundsätzen berechnet worden.

München, 19. März 2012

Dr. Markus Deiml
Verantwortlicher Aktuar der Swiss Life Pensionskasse AG

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

Posten	2011	2011	2010
	Euro	Euro	Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge	42.947.077,96		42.693.380,50
b) Veränderung der Beitragsüberträge	<u>369.673,68</u>		<u>-294.603,99</u>
		43.316.751,64	42.398.776,51
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung		2.184.227,83	2.363.957,26
3. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen	0,00		332.866,09
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	13.619.915,07		11.493.263,94
c) Erträge aus Zuschreibungen	0,00		26.460,00
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>1.323,24</u>		<u>127.000,00</u>
		13.621.238,31	11.979.590,03
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen		44.582,85	694.499,44
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge		10.310,93	171.167,06
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	4.475.271,91		4.197.539,19
b) Veränderungen der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	<u>380.189,60</u>		<u>128.414,17</u>
		4.855.461,51	4.325.953,36
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
Deckungsrückstellung		44.842.538,81	45.377.324,12
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen		4.387.446,35	3.627.119,62
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb			
a) Abschlussaufwendungen	1.640.427,90		1.706.258,88
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>1.055.864,74</u>		<u>847.142,07</u>
		2.696.292,64	2.553.400,95
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	392.032,59		356.364,58
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	383.051,11		0,00
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>615,78</u>		<u>0,00</u>
		775.699,48	356.364,58
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen		317.552,03	0,00
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		811.672,18	747.427,15
13. Versicherungstechnisches Ergebnis		490.448,56	620.400,52
II. Nicht versicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	177.045,15		337.808,51
2. Sonstige Aufwendungen	<u>340.036,91</u>		<u>175.502,45</u>
		-162.991,76	162.306,06
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		327.456,80	782.706,58
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-282.682,42	282.682,42
5. Sonstige Steuern		<u>139,22</u>	<u>24,16</u>
6. Jahresüberschuss		610.000,00	500.000,00
7. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		500.000,00	450.000,00
8. Einstellung in andere Gewinnrücklagen		500.000,00	450.000,00
9. Bilanzgewinn		610.000,00	500.000,00

Anhang

1. Rechnungslegungsvorschriften

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) sowie des Aktiengesetzes (AktG), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG), der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) und der Satzung in der jeweils aktuellen Fassung erstellt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um einen entgeltlich erworbenen Versicherungsbestand. Die Bilanzierung erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich linearer Abschreibung, die auf 15 Jahre verteilt wird.

Beteiligungen

Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten oder dem dauerhaft niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen.

Der Zeitwert der Beteiligungen ermittelt sich auf Basis des Net-Asset-Value-Verfahrens.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Ausleihungen an verbundene Unternehmen werden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften mit den Anschaffungskosten bzw. den am Bilanzstichtag bestehenden niedrigeren Zeitwerten bewertet (strenges Niederstwertprinzip).

Für die Ermittlung des Zeitwerts wurde der Nennbetrag zugrunde gelegt.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die Bewertung erfolgt nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften zu den Anschaffungskosten bzw. zu den am Bilanzstichtag bestehenden niedrigeren Börsenwerten/Rücknahmepreisen (strenges Niederstwertprinzip). In den Vorjahren vorgenommene Abschreibungen sind gemäß § 253 Abs. 5 HGB höchstens bis zu den Anschaffungskosten oder den niedrigeren Börsenwerten/Rücknahmepreisen zuzuschreiben.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, soweit sie der dauernden Vermögensanlage dienen, werden dem Anlagevermögen zugeordnet und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip (§ 341b Abs. 2 HGB) bewertet. Zuschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens werden gemäß § 253 Abs. 5 HGB höchstens bis zu den Anschaffungskosten oder den niedrigeren Börsenwerten/Rücknahmepreisen vorgenommen.

Als Zeitwert der Aktien, Investmentanteile und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere wird der Börsenkurs/Rücknahmepreis am Stichtag angesetzt.

Sonstige Ausleihungen

Namensschuldverschreibungen werden gemäß § 341c HBG mit dem Nennbetrag angesetzt. Disagiobeträge werden durch passive Rechnungsabgrenzung planmäßig auf die Laufzeit verteilt.

Schuldscheinforderungen und Darlehen werden gemäß § 341c Abs. 3 i.V.m. § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB mit den Anschaffungskosten zuzüglich laufzeitabhängiger Zinszuschreibungen bzw. -abschreibungen angesetzt. Die Zinszuschreibung bzw. -abschreibung ermittelt sich mit Hilfe der Effektivzinsmethode.

Die übrigen Ausleihungen werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip (§ 341b Abs. 1 HGB) bewertet.

Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen sind mit der Barwertmethode, auf Grundlage von Zins-Struktur-Kurven, ermittelt. Risikoaspekten wird durch Berücksichtigung von Bewertungsunterschieden (Spreads) Rechnung getragen. Der als übrige Ausleihungen aktivierte Beitrag an den Sicherungsfonds der Lebensversicherer wird mit dem von der Gesellschaft mitgeteilten Wert angesetzt.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice sind mit dem Zeitwert bewertet.

Die Zeitwerte der Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice ermitteln sich aus den Rücknahmepreisen der Kapitalanlagegesellschaften am Stichtag.

Strukturierte Produkte

Die strukturierten Produkte werden ohne Zerlegung von Derivaten und Kassa-Instrumenten einheitlich bilanziert.

Der Zeitwert wird auf Basis der Bewertungen beider Teilkomponenten (Basisinstrument und eingebettetes Derivat bzw. eingebettete Derivate) ermittelt.

Übrige Aktiva

Übrige Aktiva sind mit dem Nennbetrag, unter Berücksichtigung geleisteter Tilgungen und Abschreibungen, angesetzt. Im Einzelnen:

- Forderungen
- Sonstige Vermögensgegenstände
- Rechnungsabgrenzungsposten

Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge werden für jede Versicherung einzeln berechnet, wobei grundsätzlich der genaue Versicherungsbeginn berücksichtigt wird. Die einschlägigen steuerlichen Vorschriften werden beachtet.

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung wird unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften ermittelt. Die Berechnung erfolgt einzelvertraglich nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung implizit angesetzter Verwaltungskosten. Für beitragsfreie Versicherungsjahre wird eine Verwaltungskostenrückstellung gebildet.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet eine von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigte zusätzliche Rückstellung für Rentenversicherungen zur Anpassung an die aktualisierten Rechnungsgrundlagen.

Es wurden folgende Rechnungsgrundlagen verwendet:

- Rentenversicherungen:
Sterbetafel DAV 2004 R
Tarife bis 31.12.2004: Rechnungszins 3,25 %
Tarife 2005 und Tarife 2006: Rechnungszins 2,75 %
Tarife ab 2007: Rechnungszins 2,25 %
- Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen:
Tarife 2011
SL 2011 I, DAV 1997 RI, DAV 1997 TI
Sterbetafel DAV 2008 T (Zuschlag: 18 %) (für Aktive)
Rechnungszins: 2,25 %
Tarife vor 2011
Invaliditätstafeln DAV 1997 I/RI/TI
Sterbetafel 1994 T
Tarife bis 31.12.2004: Rechnungszins 3,25 %
Tarife 2005 und Tarife 2006: Rechnungszins 2,75 %
Tarife ab 2007: Rechnungszins 2,25 %

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Bei der Bildung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurden für den Neubestand die Anforderungen der Mindestzuführungsverordnung beachtet.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde in Höhe der zu erwartenden Leistungssumme angesetzt. Für Versicherungsfälle, die bis zum Abschluss-Stichtag eingetreten, aber erst nach dem Zeitpunkt der Ermittlung der Rückstellung bekannt geworden sind, wird eine Spätschadenrückstellung in Höhe des riskierten Kapitals bzw. Barwerts der Leistung gebildet.

Für die Beteiligungsverträge werden die anteiligen versicherungstechnischen Rückstellungen von den federführenden Unternehmen berechnet. Sofern die Bilanzangaben nicht rechtzeitig vorliegen, werden aus terminlichen Gründen Schätzungen bilanziert.

Andere Rückstellungen

Bei den anderen Rückstellungen handelt es sich um sonstige Rückstellungen, die mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt werden und – soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen – mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst. Alle Rückstellungen haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Andere Verbindlichkeiten

Die anderen Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet. Dazu zählen die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und die sonstigen Verbindlichkeiten. Alle Verbindlichkeiten, mit Ausnahme der gutgeschriebenen Überschussanteile, haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Latente Steuern

Passive latente Steuern aus den handels- und steuerrechtlichen voneinander abweichenden Wertansätzen von Kapitalanlagen (Immobilienfonds) wurden mit den aktiven latenten Steuern bei Kapitalanlagen verrechnet. Der Berechnung liegt ein Steuersatz von 32,98 % zugrunde. Auf den Ansatz von aktiven latenten Steuern wurde aufgrund des ausgeübten Wahlrechts verzichtet.

3. Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

B. Kapitalanlagen

Der Gesamtbestand der Kapitalanlagen erhöhte sich von 309.595.040,44 Euro um 45.592.432,99 Euro (14,7 %) auf 355.187.473,43 Euro.

Zeitwerte der zu Anschaffungskosten oder Nennwert ausgewiesenen Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV:

	Bilanzwert 2011 Euro	Zeitwert 2011 Euro
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.800.000,00	2.800.000,00
2. Beteiligungen	9.092.920,56	6.528.798,04
II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	126.430.543,96	119.933.607,12
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.500.000,00	1.678.950,00
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	85.500.000,00	95.692.992,42
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	129.481.365,93	137.374.342,94
c) Übrige Ausleihungen	382.642,98	387.818,78

In die Überschussbeteiligung einzubeziehende Kapitalanlagen:

	Euro
- zu Anschaffungskosten	315.377.976,26
- zu beizulegenden Zeitwerten	323.567.421,83
- Saldo	8.189.445,57

Angaben zu Finanzinstrumenten gemäß § 285 Nr. 18 HGB

	Bilanzwert 2011 Euro	Zeitwert 2011 Euro
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
2. Beteiligungen	9.092.920,56	6.528.798,04
II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ¹	4.995.033,92	4.648.196,33
3. Sonstige Ausleihungen	7.000.000,00	6.682.423,89

¹exklusive Investmentanteile, die nach § 285 Nr. 26 HGB berichtet werden

Aufgrund der uns bekannten Renditeerwartungen bzw. der vorliegenden Informationen zur Wertentwicklung des gehaltenen Exposures gehen wir von einer voraussichtlich vorübergehenden Wertminderung unserer Beteiligungen aus. Im Bereich der Investmentanteile handelt es sich unter Berücksichtigung der vom IDW aufgestellten Kriterien bzw. von unabhängigen Analystenmeinungen ebenfalls um nicht dauerhafte Wertminderungen.

Bei den sonstigen Ausleihungen handelt es sich um bonitätsmäßig einwandfreie Emittenten, sodass von einer vollständigen Rückzahlung des Nominalbetrags bei Endfälligkeit auszugehen ist.

Anteile an Investmentanteilen
gemäß § 285 Nr. 26 HGB:

Anlageziele/ Fondsart	Bilanzwert Euro	Zeitwert Euro	Stille Reserven/ Lasten Euro	Ausschüttung Euro
Gemische Fonds SLPK1 Inhaber- Anteile	116.388.651,14	110.197.527,88	-6.191.123,26	4.496.876,82

Eine Abschreibung der hier ausgewiesenen Lasten auf Investmentanteile, die gemäß § 341b Abs. 2 HGB bilanziert werden, wurde nicht vorgenommen, da es sich aufgrund unabhängiger Analystenmeinungen und der einwandfreien Bonität der im Fonds enthaltenen Emittenten von verzinslichen Wertpapieren nur um eine voraussichtlich vorübergehende Wertminderung handelt.

C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Der Anlagestock besteht aus:

Fondsanteile	Anteile Stück	2011 Euro
Allianz PIMCO Geldmarktfonds A (EUR)	7.402	366.465,90
Allianz PIMCO Euro Rentenfonds A (EUR)	24.971	1.295.979,29
MetallRente FONDS PORTFOLIO	62.784	3.617.632,95

Kapitalanlagenpiegel

Entwicklung der Aktivposten A. und B. im Geschäftsjahr 2011

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr Euro	Zugänge		Umbuchungen		Abgänge		Zuschreibungen		Abschreibungen		Bilanzwerte Geschäftsjahr Euro
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro		
A.												
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.923.338,62	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	658.148,73	5.265.189,89	
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände												
Summe A.	5.923.338,62	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	658.148,73	5.265.189,89	
B.												
Kapitalanlagen												
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen												
I.												
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	2.883.051,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	83.051,11	2.800.000,00	
2. Beteiligungen	9.019.761,27	392.156,86	0,00	0,00	0,00	18.997,57	0,00	0,00	0,00	300.000,00	9.092.920,56	
II.												
Sonstige Kapitalanlagen												
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	104.757.482,95	23.496.461,01	0,00	0,00	0,00	1.823.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00	126.430.543,96	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.500.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.500.000,00	
3. Sonstige Ausleihungen												
a) Namensschuldverschreibungen	83.500.000,00	2.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	85.500.000,00	
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	110.500.000,00	20.997.381,60	0,00	0,00	0,00	2.016.015,67	0,00	0,00	0,00	0,00	129.481.365,93	
c) Übrige Ausleihungen	317.796,22	64.846,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	382.642,98	
Summe B.	309.595.040,44	49.833.897,34	0,00	0,00	0,00	3.858.413,24	0,00	0,00	0,00	383.051,11	355.187.473,43	
Insgesamt	315.518.379,06	49.833.897,34	0,00	0,00	0,00	3.858.413,24	0,00	0,00	0,00	1.041.199,84	360.452.663,32	

Passivseite

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital in Höhe von 3.000.000,00 Euro ist in drei Millionen Stück auf den Namen lautende Aktien eingeteilt. Der Nennwert je Aktie entspricht 1,00 Euro. Der gesamte Betrag des Grundkapitals ist voll eingezahlt.

II. Kapitalrücklage

	2011 Euro
Stand 31.12.2010	16.714.868,56
Stand 31.12.2011	16.714.868,56

Eine Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 HGB ist in ausreichendem Maß vorhanden, sodass die zusätzliche Bildung einer gesetzlichen Rücklage nach § 150 Abs. 1 AktG entfällt.

Zum 31.12.2011 entfallen 515.099,15 Euro (Vorjahr: 515.099,15 Euro) der Kapitalrücklage auf den Organisationsfonds.

III. Gewinnrücklage

Andere Gewinnrücklage

	2011 Euro
Stand 31.12.2010	790.787,48
Einstellung aus dem Bilanzgewinn des Vorjahrs	500.000,00
Stand 31.12.2011	1.290.787,48

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

	2011 Euro	2010 Euro
I. Beitragsüberträge	5.355.230,82	5.724.904,50
II. Deckungsrückstellung	335.267.597,34	290.559.676,26
III. Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	909.495,52	529.305,92

IV. Rückstellungen für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung

	2011 Euro	2010 Euro
Stand Jahresanfang	7.724.662,31	6.262.831,33
Entnahme im Geschäftsjahr	<u>2.490.905,99</u>	<u>2.165.288,64</u>
Stand Jahresende vor Zuführung des Überschusses aus dem Geschäftsjahr	5.233.756,32	4.097.542,69
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahrs	<u>4.387.446,35</u>	<u>3.627.119,62</u>
Stand Jahresende	9.621.202,67	7.724.662,31
davon festgelegt für noch nicht zugeteilte		
- laufende Überschussanteile	2.515.752,69	
- Schlussüberschussanteile	5.874,61	
- Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	10.572,43	
davon für zukünftige Schlussüberschussanteile zurückgestellt zur Finanzierung		
- von Gewinnrenten	0,00	
- von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen	1.672.127,95	
- der Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	1.491.139,54	
davon ungebunden	3.925.735,45	

Die zusätzliche Überschussbeteiligung durch Direktgutschrift in Höhe von 125.625,55 Euro ist in der Entnahme des Geschäftsjahres nicht enthalten.

D. Andere Rückstellungen

I. Sonstige Rückstellungen	2011 Euro	2010 Euro
	47.201,36	49.105,30

Die sonstige Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für die Kosten des Jahresabschlusses.

E. Andere Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	2011 Euro	2010 Euro
	1.039.177,64	931.219,79

Von diesen Verbindlichkeiten entfallen auf gutgeschriebene Überschussanteile 137.233,94 Euro (Vorjahr: 83.934,15 Euro). Die Verbindlichkeiten hieraus mit einer Laufzeit größer als fünf Jahre belaufen sich auf 111.753,88 Euro.

II. Sonstige Verbindlichkeiten	2011 Euro	2010 Euro
	509.304,87	335.769,06

Die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betragen 502.963,69 Euro (Vorjahr: 332.981,14 Euro). Diese bestehen im Wesentlichen gegenüber der Swiss Life AG, Niederlassung für Deutschland, und betreffen Provisionszahlungen und Weiterbelastungen aus dem Funktionsausgliederungsvertrag.

F. Rechnungsabgrenzungsposten

	2011 Euro	2010 Euro
In dieser Position wird das Disagio aus Kapitalanlagen geführt.	13.788,11	23.836,74

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

	2011 Euro	2010 Euro
a) Gebuchte Beiträge		
Laufende Beiträge	42.269.688,60	42.016.065,95
Einmalbeiträge	677.389,36	677.314,55
Gesamt	42.947.077,96	42.693.380,50
b) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-369.673,68	294.603,99

3./10. Erträge aus Kapitalanlagen und Aufwendungen für Kapitalanlagen

Das Netto-Ergebnis der Kapitalanlagen, also der Saldo aller Erträge und Aufwendungen der Kapitalanlagen, beträgt 12.845.538,83 Euro (Vorjahr: 11.623.225,45 Euro). Davon entfallen -34.662,52 Euro (Vorjahr: 0,00 Euro) auf Kapitalanlagen, bei denen das Kapitalanlagerisiko durch den Versicherungsnehmer getragen wird.

10.b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Die Abschreibungen auf Kapitalanlagen, welche ausschließlich außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB beinhalten, belaufen sich auf 383.051,11 Euro (Vorjahr: 0,00 Euro).

6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

	2011 Euro	2010 Euro
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	4.475.271,91	4.197.539,19
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	380.189,60	128.414,17

7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen

Deckungsrückstellung

In der Veränderung der Deckungsrückstellung sind Erhöhungsbeträge im Rahmen der Nachreservierung von Rentenversicherungen in Höhe von 1.035.922,79 Euro (Vorjahr: 957.697,55 Euro) enthalten.

II. Nicht versicherungstechnische Rechnung

	2011 Euro	2010 Euro
1. Sonstige Erträge		
Zinserträge	19.995,69	2.374,27
Sonstige Dienstleistungen	140.355,20	279.879,66
Auflösung anderer Rückstellungen	14.706,85	27.574,14
Übrige Erträge	1.987,41	27.980,44
	<u>177.045,15</u>	<u>337.808,51</u>
2. Sonstige Aufwendungen		
Abschreibungen auf uneinbringliche Forderungen	140.260,61	157,58
Sonstige Zinsaufwendungen	452,34	0,00
Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen	172.060,31	148.155,87
Honorar des Abschlussprüfers	27.263,65	27.189,00
	<u>340.036,91</u>	<u>175.502,45</u>

Im Honorar des Abschlussprüfers sind Aufwendungen für die Abschlussprüfung in Höhe von 23.500,00 Euro sowie sonstige Leistungen in Höhe von 3.763,65 Euro enthalten.

Provisionen und sonstige Bezüge der Vertreter, Personalaufwendungen	2011 Euro	2010 Euro
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	1.516.324,79	1.568.888,48
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-	-
3. Löhne und Gehälter	-	65.474,93
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-	9.062,08
5. Aufwendungen Altersversorgung	-	-
6. Aufwendungen insgesamt	1.516.324,79	1.643.425,49

5. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Swiss Life Pensionskasse AG, München, ist gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds kann auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge erheben, bis ein Sicherungsvermögen von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Nettorückstellungen aufgebaut ist. Hieraus resultieren aktuell keine zukünftigen Verpflichtungen mehr.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Nettorückstellungen erheben. Dies entspricht einer Verpflichtung von 388.957,68 Euro.

Zusätzlich hat sich die Swiss Life Pensionskasse AG, München, verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Nettorückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 3.500.619,12 Euro.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus dem Bereich der Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen belaufen sich auf 3.176.533,59 Euro.

6. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2011 wurde wie im Vorjahr bei der Einbeziehung der Konsortialverträge kein Gebrauch von § 27 Abs. 3 RechVersV gemacht. In der versicherungstechnischen Rechnung wurden daher nur Zahlen eingesetzt, die das Geschäftsjahr betreffen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind unter dem Punkt „Organe“ (auf S. 4) aufgeführt.

Für die Tätigkeiten der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats wurden keine Bezüge gewährt. Die Tätigkeiten wurden im Rahmen des Funktionsausgliederungsvertrags mit der Swiss Life AG, Niederlassung für Deutschland, abgegolten.

7. Konzernübersicht

Die Swiss Life Pensionskasse AG ist eine Tochtergesellschaft der Swiss Life AG, Niederlassung für Deutschland, welche in den Einzelabschluss der Swiss Life AG mit Sitz in Zürich einbezogen ist. Diese ist eine 100-prozentige Tochter der Swiss Life Holding AG, Zürich, und in deren Konzernabschluss enthalten. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt.

München, 26. März 2012

Der Vorstand

Peter Bauer

Siegfried Singer

Thomas Zimmermann

Überschussbeteiligung im Kalenderjahr 2012 – Erläuterungen

Die Höhe der Überschussanteilsätze wird vom Vorstand auf Basis des Vorschlags des Verantwortlichen Aktuars festgelegt. Die maßgeblichen aufsichtsrechtlichen Bestimmungen werden dabei beachtet. Auf den nachfolgenden Seiten informieren wir über die Überschussbeteiligung im Kalenderjahr 2012 nach einzelnen Versicherungsarten.

Laufende Überschussanteile

Soweit nichts anderes angegeben wird, erfolgt die Zuteilung laufender Überschussanteile für die Tarife vor 2008 (540PK und 500PK) zu Beginn des Versicherungsjahres, erstmals zu Beginn des 2. Versicherungsjahres, letztmals bei Beendigung der Versicherung.

Für die Tarife ab 2008 (540PK und 500PK) erfolgt die Zuteilung der Zinsüberschussanteile, soweit nichts anderes angegeben wird, am Ende des Versicherungsjahres, erstmals am Ende des 1. Versicherungsjahres. Die übrigen laufenden Überschussanteile werden zu Beginn des Versicherungsjahres zugeteilt, erstmals zu Beginn des 1. Versicherungsjahres.

Für die Fortsetzungstarife vor 2008 (Tarife 841PK, 840/892PK und 810PK) erfolgt die Zuteilung laufender Überschussanteile, soweit nichts anderes angegeben wird, zu Beginn des Versicherungsjahres, erstmals zu Beginn des 1. Versicherungsjahres.

Für die Fortsetzungstarife ab 2008 (Tarif 841PK, 840/892PK und 810PK) erfolgt die Zuteilung der Zinsüberschussanteile, soweit nichts anderes angegeben wird, am Ende des Versicherungsjahres, erstmals am Ende des 1. Versicherungsjahres. Die übrigen laufenden Überschussanteile werden zu Beginn des Versicherungsjahres zugeteilt, erstmals zu Beginn des 1. Versicherungsjahres.

Maßgeblich für die Zuteilungen, die im Kalenderjahr 2012 erfolgen, sind die in den nachfolgenden Tabellen deklarierten Anteilsätze.

Davon abweichend sind bei den Fortsetzungstarifen vor 2008 zur Feststellung des zusätzlichen Zinsüberschussanteils am Ende der Aufschubzeit (bei eingeschlossener Abrufphase am Ende des Versicherungsjahres vor Beginn der Abrufphase) die Anteilsätze maßgeblich, die für das Kalenderjahr, in das der Beginn des Versicherungsjahres fällt, deklariert sind. Die in den nachfolgenden Tabellen deklarierten Anteilsätze für den zusätzlichen Zinsüberschussanteil (Nachdividende) gelten deshalb nur für Verträge, die im Dezember ablaufen. Verträge, die in den Monaten Januar bis November ablaufen, erhalten die im Geschäftsbericht des Vorjahres veröffentlichten Anteilsätze.

Die verwendeten Bezugsgrößen für die Bestimmung der Überschussanteile sind am Ende des Tabellenteils in Abschnitt F aufgeführt.

Schlussüberschussanteil und Basisbeteiligung

Die Anwartschaft auf den Schlussüberschussanteil bzw. auf die Basisbeteiligung wird im Kalenderjahr 2012 mit den in den nachfolgenden Tabellen ausgewiesenen Prozentsätzen für den Schlussüberschussanteil bzw. für die Basisbeteiligung zum jeweiligen Stichtag der Versicherung erhöht. Die Erhöhung erfolgt, soweit nichts anderes angegeben wird, für die Tarife 540PK und 500PK vor 2008 erstmals zu Beginn des 2. Versicherungsjahres, letztmals bei Beendigung der Versicherung, für die Fortsetzungstarife Tarif 841PK, 840/892PK und 810PK vor 2008 erstmals zu Beginn des 1. Versicherungsjahres. Für alle Tarife ab 2008 erfolgt die Erhöhung, soweit nichts anderes angegeben wird, erstmals am Ende des 1. Versicherungsjahres.

Als Ausgangswert dient grundsätzlich die in den Vorjahren mit den Prozentsätzen der Vorjahre auf die gleiche Weise ermittelte Anwartschaft.

Für die Tarife vor 2008 gilt folgende Besonderheit: Mit Einführung der Beteiligung an den Bewertungsreserven wurde eine zum 31.12.2007 bereits bestehende Anwartschaft auf einen Schlussüberschussanteil erstmals zu diesem Termin in die Anwartschaft auf den Schlussüberschussanteil und die Anwartschaft auf die Basisbeteiligung aufgeteilt. Das Aufteilungsverhältnis wird ab dem 01.01.2011 jährlich – in Abhängigkeit von dem Bewertungsreserveniveau – neu deklariert. Für das Kalenderjahr 2012 haben wir die Summe der Anwartschaften auf den Schlussüberschussanteil und die Basisbeteiligung zu 100 % als Anwartschaft auf die Basisbeteiligung deklariert, die Anwartschaft auf den Schlussüberschussanteil beträgt 0 %.

Verbindlich festgelegt sind Schlussüberschussanteile und die Basisbeteiligung für die Versicherungen, deren Ablauf bzw. Rentenbeginn in das Jahr 2012 fällt. Für die übrigen Verträge, deren Ablauf bzw. Rentenbeginn nach 2012 liegt, können die berechneten Anwartschaften später wieder reduziert werden.

Bei Versicherungen, die 2012 durch Tod oder Rückkauf vorzeitig beendet werden, werden der Schlussüberschussanteil und die Basisbeteiligung in reduzierter Höhe gezahlt.

Schlusszahlung

Mit den in den nachfolgenden Tabellen ausgewiesenen Prozentsätzen für die Schlusszahlungen wird im Kalenderjahr 2012 die Anwartschaft auf die Schlusszahlung zum jeweiligen Stichtag der Versicherung erhöht. Die Erhöhung erfolgt, soweit nichts anderes angegeben wird, erstmals zu Beginn des 1. Versicherungsjahres. Die in den Vorjahren mit den Prozentsätzen der Vorjahre auf die gleiche Weise ermittelte Anwartschaft dient als Ausgangswert.

Verbindlich festgelegt sind Schlusszahlungen für die Versicherungen, deren Ablauf in das Jahr 2012 fällt. Für die übrigen Verträge, deren Ablauf nach 2012 liegt, können die berechneten Anwartschaften später wieder reduziert werden.

Bei Versicherungen, die 2012 durch Tod oder Rückkauf vorzeitig beendet werden, wird die Schlusszahlung in reduzierter Höhe gezahlt.

Beteiligung an den Bewertungsreserven

Nach § 153 VVG sind die Versicherungsnehmer bei Ablauf oder vorzeitiger Beendigung ihrer Versicherung an den in den Kapitalanlagen des Unternehmens enthaltenen Bewertungsreserven angemessen zu beteiligen, wenn mit den Prämienzahlungen zu dieser Versicherung Vermögenswerte geschaffen wurden. Die Beteiligung an den Bewertungsreserven ist eine Komponente der Überschussbeteiligung.

Die Bewertungsreserven von Kapitalanlagen sind als der Unterschiedsbetrag von Zeit- und Buchwert definiert. Ist der Zeitwert höher als der Buchwert, liegen stille Reserven vor. Anderenfalls ergeben sich stille Lasten. Zur Bestimmung der Buch- und Zeitwerte sind handelsrechtliche Vorschriften maßgeblich. Für die Ermittlung der Buchwerte finden insbesondere die Vorschriften der §§ 341 ff. HGB Anwendung. Für die Ermittlung der Zeitwerte aller Kapitalanlagen gelten grundsätzlich die Vorschriften der RechVersV. Es erfolgt eine Beteiligung der Versicherungsnehmer an den saldierten Bewertungsreserven. Bewertungsreserven sind durch hohe Wertschwankungen gekennzeichnet.

I. Beteiligung an den Bewertungsreserven in der Anwartschaft

Die Beteiligung an den Bewertungsreserven erfolgt nach § 153 Abs. 3 VVG verursachungsorientiert. Eine Beteiligung in der Anwartschaft erhalten Berufsunfähigkeitsversicherungen gegen Einmalprämie und Rentenversicherungen sowie aus Überschussanteilen gebildete Ansammlungsguthaben bei Versicherungen, die selbst keinen Anspruch auf eine Beteiligung an den Bewertungsreserven haben.

Bei Beendigung einer Versicherung wird gemäß § 153 Abs. 3 VVG der für diesen Zeitpunkt ermittelte Anteil an den Bewertungsreserven zur Hälfte zugeteilt und an den Versicherungsnehmer ausgezahlt. Bei Rentenversicherungen ist gemäß § 153 Abs. 4 VVG der Zuteilungszeitpunkt für die in der Anwartschaft zu gewährende Beteiligung an den Bewertungsreserven spätestens die Beendigung der Ansparphase.

Die verteilungsfähigen Bewertungsreserven werden jeweils zu den folgenden Bewertungsstichtagen neu ermittelt: am 05.01., 31.01., 28.02., 31.03., 30.04., 05.07., 31.07., 31.08., 30.09. und 31.10. Ist der angegebene Bewertungsstichtag kein Börsentag, erfolgt die Bestimmung der verteilungsfähigen Bewertungsreserven mit Kursen des darauffolgenden Börsentags. Verteilungsfähig sind Bewertungsreserven nur in dem Umfang, in dem diese nicht zur Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verträge nach § 53c VAG benötigt werden.

Zum Ausgleich der hohen Wertschwankungen bei Bewertungsreserven sehen wir bei Versicherungen mit Schlussüberschussanteil eine Basisbeteiligung der anspruchsberechtigten Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven vor. Hierzu wird am Ende eines Kalenderjahres die voraussichtliche Beteiligung an den Bewertungsreserven für das Folgejahr prognostiziert. Ein Teil davon wird als Basisbeteiligung deklariert. Ist die der einzelnen Versicherung tatsächlich zustehende Beteiligung an den Bewertungsreserven niedriger als die Basisbeteiligung, wird mindestens die Basisbeteiligung ausgezahlt. Bei aufgeschobenen Rentenversicherungen nach Tarif 810PK wird der Betrag, um den die Basisbeteiligung die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung an den Bewertungsreserven übersteigen würde, nur insoweit verbindlich festgelegt, wie er nicht zur Gegenfinanzierung der Reserveauffüllung benötigt wird.

Übersteigt der Anteil an den Bewertungsreserven nach § 153 Abs. 1 und 3 VVG die Basisbeteiligung, so wird die positive Differenz aus Anteil an den Bewertungsreserven und Basisbeteiligung als Direktgutschrift zu Lasten des laufenden Geschäftsjahres gewährt.

II. Beteiligung an den Bewertungsreserven für Versicherungen in der Rentenbezugszeit

Laufende Altersrenten, Hinterbliebenenrenten, Waisenrenten und Berufsunfähigkeitsrenten erhalten eine Beteiligung an Bewertungsreserven nach § 153 Abs. 1 und 3 VVG. Die aufgeführten Versicherungen werden in der Rentenbezugszeit über eine erhöhte laufende Überschussbeteiligung an den Bewertungsreserven beteiligt. Die Beteiligung erfolgt nach angemessenen Verteilungsgrundsätzen, die mit einem verursachungsorientierten Verfahren vergleichbar sind.

Dabei wird die bei der Deklaration der Überschussanteilsätze aktuelle Bewertungsreservensituation berücksichtigt. Jeweils zum 15.10. eines Kalenderjahres werden die im Jahresdurchschnitt verteilungsfähigen Bewertungsreserven als arithmetisches Mittel der nicht negativen Bewertungsreserven zu den zwölf vorhergehenden Bewertungsstichtagen ermittelt. Die vorhergehenden Bewertungsstichtage sind der 30.09., 31.08., 31.07., 05.07., 31.05., 30.04., 31.03., 28.2., 31.01. und 5.1. des aktuellen Kalenderjahres sowie der 30.11.

und 31.10. des vorhergehenden Kalenderjahres. Sind einzelne der hier genannten Bewertungsstichtage keine Börsentage, sind diese Bewertungsstichtage jeweils durch den nächstfolgenden Börsentag zu ersetzen. Verteilungsfähig sind Bewertungsreserven nur in dem Umfang, in dem diese nicht zur Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verträge nach § 53c VAG benötigt werden.

Nachreservierung auf die Sterbetafel DAV 2004 R und Gegenfinanzierung

Im Geschäftsjahr 2004 erfolgte für bis zum 31.12.2004 abgeschlossene Rentenversicherungen eine Neubewertung der Deckungsrückstellung. Dabei wurde die von der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) veröffentlichte und von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigte Sterbetafel DAV 2004 R-Bestand zugrunde gelegt.

Im Geschäftsjahr 2005 haben wir die Neubewertung der Deckungsrückstellung hinsichtlich des Sterblichkeitstrends aktualisiert. Auch in den Geschäftsjahren 2006 bis 2011 wurde aufgrund der neuesten veröffentlichten Erkenntnisse der DAV der Trendansatz in der Sterbetafel DAV 2004 R-Bestand aktualisiert. Demnach ergab sich auch im Geschäftsjahr 2011 eine Verstärkung der Deckungsrückstellung für Rentenversicherungen.

Die Reserveauffüllung berücksichtigt bei allen betroffenen Versicherungen die Anforderungen für die Neubewertung der Deckungsrückstellung gemäß der Veröffentlichung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (VerBaFin 01/2005). Die Sicherheitsmargen der verwendeten und genehmigten Rechnungsgrundlagen werden wir weiterhin aufmerksam beobachten und bei Vorliegen neuer Erkenntnisse entsprechend reagieren.

Bei Rentenversicherungen, mit Ausnahme von Rentenversicherungen nach den Fortsetzungstarifen, die nach dem 31.12.2006 und vor dem 01.01.2012 in Rentenbezug übergangen, erfolgt die Gegenfinanzierung der Reserveauffüllung in einem kollektiven Verfahren während des Rentenbezugs. Hierzu wird die laufende Überschussbeteiligung der betroffenen Rentenversicherungen während der Rentenbezugszeit so lange pauschal niedriger deklariert, bis die zur Auffüllung der Deckungsrückstellung verwendeten Mittel gegenfinanziert sind.

Bei Rentenversicherungen nach den Fortsetzungstarifen, die nach dem 31.12.2006 und vor dem 01.01.2012 in Rentenbezug übergangen, ist die Gegenfinanzierung der Reserveauffüllung abgeschlossen.

A. Rentenversicherungen			
I. Tarif 540PK und Tarif 500PK			
• Rentenversicherungen in der Anwartschaft			
Überschussanteil	Anteilsatz z in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2012			
Grundüberschussanteil			
	0,00	P	
Zinsüberschussanteil			
	1,75	F1	
Schlussüberschussanteil			
	0,00 3,80	J1 S	prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	J1	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase, Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie
	3,50	S	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
Basisbeteiligung			
	0,30 3,80	J1 T	prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	J1	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase, Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie
	3,50	T	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
Tarife 7.2008 und 1.2008			
Grundüberschussanteil			
	0,00	P	
Zinsüberschussanteil			
	1,25	F2	
Schlussüberschussanteil			
	0,00 3,80	J2 S	prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	J2	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie
	3,50	S	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
Basisbeteiligung			
	0,30 3,80	J2 T	prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	J2	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie
	3,50	T	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft

A. Rentenversicherungen			
I. Tarif 540PK und Tarif 500PK			
• Rentenversicherungen in der Anwartschaft			
Überschussanteil	Anteilsatz z in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2007			
Grundüberschussanteil			
	0,025	P	prämienpflichtig vor der Abrufphase
	0,00	P	sonst
Zinsüberschussanteil			
	1,25	C	prämienpflichtig
	1,25	D	sonst
Schlussüberschussanteil			
	0,00	G	prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig
	3,80	S	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	G	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase,
	3,50	S	Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
Basisbeteiligung			
	0,30	G	prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig
	3,80	T	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	G	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase
	3,50	T	Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
Tarife 2006 und 2005			
Grundüberschussanteil			
	0,10	P	prämienpflichtig vor der Abrufphase
	0,00	P	sonst
Zinsüberschussanteil			
	0,75	C	prämienpflichtig
	0,75	D	sonst
Schlussüberschussanteil			
	0,00	G	prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig
	3,80	S	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	G	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase,
	3,50	S	Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
Basisbeteiligung			
	0,30	G	prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig
	3,80	T	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	G	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase
	3,50	T	Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie zzgl. Verzinsung der Anwartschaft

A. Rentenversicherungen			
I. Tarif 540PK und Tarif 500PK			
• Rentenversicherungen in der Anwartschaft			
Überschussanteil	Anteilsatz z in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2002 – Verträge der ehemaligen Pensionskasse der freien Wohlfahrtspflege VVaG (Penka)			
Grundüberschussanteil			
	0,50	R	prämienpflichtig
	0,00	R	sonst
Zinsüberschussanteil			
	1,05	C	prämienpflichtig
	1,05	D	sonst
Tarife 2002 – sonstige Verträge			
Grundüberschussanteil			
	0,50	R	prämienpflichtig
	0,00	R	sonst
Zinsüberschussanteil			
	0,25	C	prämienpflichtig
	0,25	D	sonst
• Rentenversicherungen im Rentenbezug			
Die Beteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von 0,05 %-Punkten ist in den genannten Anteilssätzen enthalten.			
Überschussanteil	Anteilsatz in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Zinsüberschussanteil			
	1,95	B	Tarife 2012
	1,45	B	Tarife 7.2008, 1.2008 und 2007
	0,95	B	Tarife 2006 und 2005
	0,85	D	Tarife 2002, Verträge der ehemaligen Pensionskasse der freien Wohlfahrtspflege VVaG (Penka)
	0,05	D	Tarife 2002 – sonstige Verträge

A. Rentenversicherungen			
II. Fortsetzungstarife 840PK, 841PK, 892PK und Tarif 810PK			
Die Fortsetzungstarife werden nur für private Fortsetzungen oder Fortführungen nach Übertragungen eingesetzt. Sie sind nicht verkaufsoffen.			
• Rentenversicherungen in der Anwartschaft			
Überschussanteil	Anteilsatz in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2012			
Grundüberschussanteil			
	0,00	P	
Zinsüberschussanteil			
	1,75	F1	
Schlussüberschussanteil			
	0,00	J1	Tarif 892PK
	3,50	S	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	J1	sonstige Tarife:
	3,80	S	prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	J1	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase,
	3,50	S	Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
Basisbeteiligung			
	0,00	J1	Tarif 892PK
	3,50	T	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,30	J1	sonstige Tarife:
	3,80	T	prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	J1	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase,
	3,50	T	Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
Tarife 7.2008 und 1.2008			
Grundüberschussanteil			
	0,05	P	Tarife 1.2008: prämienpflichtig
	0,00	P	sonst
Zinsüberschussanteil			
	1,25	F2	
Schlussüberschussanteil			
	0,00	J2	Tarif 892PK
	3,50	S	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	J2	sonstige Tarife:
	3,80	S	prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	J2	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase,
	3,50	S	Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie zzgl. Verzinsung der Anwartschaft

Basisbeteiligung			
	0,00	J2	Tarif 892PK
	3,50	T	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,30	J2	sonstige Tarife:
	3,80	T	prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	J2	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase,
	3,50	T	Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie zzgl. Verzinsung der Anwartschaft

A. Rentenversicherungen			
II. Fortsetzungstarife 840PK, 841PK, 892PK und Tarif 810PK			
Die Fortsetzungstarife werden nur für private Fortsetzungen oder Fortführungen nach Übertragungen eingesetzt. Sie sind nicht verkaufsoffen.			
• Rentenversicherungen in der Anwartschaft			
Überschussanteil	Anteilsatz in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2007			
Grundüberschussanteil			
	0,10	P	prämienpflichtig
	0,00	P	sonst
Zinsüberschussanteil			
	1,25	A	ab Beginn des 3. Versicherungsjahres, prämienpflichtig vor der Abrufphase
	1,25	A	zzgl. Zinsüberschussanteil am Ende der Aufschubzeit (Nachdividende)
	1,25	B	ab Beginn des 2. Versicherungsjahres, prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase, Bonus
	1,25	B	zzgl. Zinsüberschussanteil am Ende der Aufschubzeit (Nachdividende)
Schlussüberschussanteil			
	0,00	G	Tarif 892PK
	3,50	S	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	G	sonstige Tarife: prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig
	3,80	S	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	G	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase, Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie
	3,50	S	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
Basisbeteiligung			
	0,00	G	Tarif 892PK
	3,50	T	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,30	G	sonstige Tarife: prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig
	3,80	T	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	G	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase, Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie
	3,50	T	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft

A. Rentenversicherungen			
II. Fortsetzungstarife 840PK, 841PK, 892PK und Tarif 810PK			
Die Fortsetzungstarife werden nur für private Fortsetzungen oder Fortführungen nach Übertragungen eingesetzt. Sie sind nicht verkaufsoffen.			
• Rentenversicherungen in der Anwartschaft			
Überschussanteil	Anteilsatz in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2006 und 2005			
Grundüberschussanteil			
	0,10	P	prämienpflichtig
	0,00	P	sonst
Zinsüberschussanteil			
	0,75	A	ab Beginn des 3. Versicherungsjahres, prämienpflichtig vor der Abrufphase zzgl. Zinsüberschussanteil am Ende der Aufschubzeit (Nachdividende)
	0,75	A	
	0,75	B	ab Beginn des 2. Versicherungsjahres, prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase, Bonus
	0,75	B	zzgl. Zinsüberschussanteil am Ende der Aufschubzeit (Nachdividende)
Schlussüberschussanteil			
	0,00	G	Tarif 892PK
	3,50	S	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	G	sonstige Tarife: prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig
	3,80	S	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	G	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase, Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie
	3,50	S	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
Basisbeteiligung			
	0,00	G	Tarif 892PK
	3,50	T	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,30	G	sonstige Tarife: prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig
	3,80	T	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	G	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase, Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie
	3,50	T	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft

A. Rentenversicherungen			
II. Fortsetzungstarife 840PK, 841PK, 892PK und Tarif 810PK			
Die Fortsetzungstarife werden nur für private Fortsetzungen oder Fortführungen nach Übertragungen eingesetzt. Sie sind nicht verkaufsoffen.			
• Rentenversicherungen in der Anwartschaft			
Überschussanteil	Anteilsatz in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2002			
Grundüberschussanteil			
	0,00	P	
Zinsüberschussanteil			
	0,25	A	ab Beginn des 3. Versicherungsjahres, prämienpflichtig vor der Abrufphase
	0,25	A	zzgl. Zinsüberschussanteil am Ende der Aufschubzeit (Nachdividende)
	0,25	B	ab Beginn des 2. Versicherungsjahres, prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase, Bonus
	0,25	B	zzgl. Zinsüberschussanteil am Ende der Aufschubzeit (Nachdividende)
Schlussüberschussanteil			
	0,00	G	prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig
	3,80	S	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	G	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase, Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie
	3,50	S	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
Basisbeteiligung			
	0,30	G	prämienpflichtig, Bonus zu prämienpflichtig
	3,80	T	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
	0,00	G	prämienfrei, Einmalprämie, in der Abrufphase, Bonus zu prämienfrei und zu Einmalprämie
	3,50	T	zzgl. Verzinsung der Anwartschaft
• Rentenversicherungen im Rentenbezug			
Die Beteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von 0,05 %-Punkten ist in den genannten Anteilssätzen enthalten.			
Überschussanteil	Anteilsatz in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2012			
Steigende Überschussrente	1,95	B	jährliche Verzinsung des Deckungskapitals ab dem 2. Rentenbezugsjahr
Tarife 7.2008, 1.2008 und 2007			
Steigende Überschussrente	1,45	B	jährliche Verzinsung des Deckungskapitals ab dem 2. Rentenbezugsjahr
Tarife 2006 und 2005			
Steigende Überschussrente	0,95	B	jährliche Verzinsung des Deckungskapitals ab dem 2. Rentenbezugsjahr
Tarife 2002			
Steigende Überschussrente			jährliche Verzinsung des Deckungskapitals ab dem 2. Rentenbezugsjahr
	0,05	D	Rentenbeginn bis 31.12.2006
	0,30	D	Rentenbeginn ab 01.01.2007
	0,05	D	Rentenbeginn ab 01.01.2012

B. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen			
I. Tarife 12PK und 18PK			
<ul style="list-style-type: none"> Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen vor dem Leistungsfall 			
Die Überschussanteile werden mit der Fälligkeit der Überschussanteile der zugehörigen Hauptversicherung gewährt.			
Überschussanteil	Anteilsatz in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2012, 2008, 2007, 2006, 2005 und 2002			
Grundüberschussanteil			
	30	O	prämienpflichtig
	--	--	prämienfrei, Einmalprämie
Zinsüberschussanteil			
	--	--	prämienpflichtig
	1,75	D	Tarife 2012: prämienfrei, Einmalprämie
	1,25	D	Tarife 2008 und 2007: prämienfrei, Einmalprämie
	0,75	D	Tarife 2006 und 2005: prämienfrei, Einmalprämie
	0,25	D	Tarife 2002: prämienfrei, Einmalprämie
<ul style="list-style-type: none"> Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen im Leistungsbezug 			
Die Beteiligung an den Bewertungsreserven für die laufenden Berufsunfähigkeitsrenten in Höhe von 0,05 %-Punkten ist in den genannten Anteilssätzen enthalten.			
Überschussanteil	Anteilsatz in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2012, 2008, 2007, 2006, 2005 und 2002			
Zinsüberschussanteil			
	1,80	B	Tarife 2012
	1,30	B	Tarife 2008 und 2007
	0,80	B	Tarife 2006 und 2005
	0,30	B	Tarife 2002

B. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen			
II. Tarife 30PK und 40PK			
<ul style="list-style-type: none"> Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen vor dem Leistungsfall 			
Überschussanteil	Anteilsatz in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2012			
bei Prämienverrechnung			
	33	O	
bei Bonusrente			
	49	R	
Schlusszahlung			
	2	O	prämienpflichtig
	2	O	Einmaleinlagen, einmalig zu Beginn des 1. Versicherungsjahres
Tarife 2011			
bei Prämienverrechnung			
	30	O	
bei Bonusrente			
	43	R	
Schlusszahlung			
	2	O	prämienpflichtig

B. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen			
II. Tarife 30PK und 40PK			
• Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen vor dem Leistungsfall			
Tarife 7.2008, 1.2008, 2007, 2006, 2005 und 2003			
bei Prämienverrechnung			
	30	O	
bei Bonusrente			
	43	R	
Schlusszahlung			
	5	O	prämienpflichtig
• Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen im Leistungsbezug			
Die Beteiligung an den Bewertungsreserven für die laufenden Berufsunfähigkeitsrenten in Höhe von 0,05 %-Punkten ist in den genannten Anteilssätzen enthalten.			
Überschussanteil	Anteilsatz in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2012, 2011, 7.2008, 1.2008, 2007, 2006, 2005 und 2003			
Zinsüberschussanteil			
	1,30	B	Tarife 2012, 2011, 7.2008, 1.2008 und 2007
	0,80	B	Tarife 2006 und 2005
	0,30	B	Tarife 2003

C. Hinterbliebenen- und Waisenrenten-Zusatzversicherungen			
I. Tarife 560PK und 562PK			
• Verträge in der Anwartschaft			
Die Überschussanteile werden mit der Fälligkeit der Überschussanteile der zugehörigen Hauptversicherung gewährt.			
Überschussanteil	Anteilsatz in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2012, 7.2008, 1.2008, 2007, 2006 und 2005			
Zinsüberschussanteil			
	1,75	F1	Tarife 2012
	1,25	F2	Tarife 7.2008 und 1.2008
	1,25	C	Tarife 2007: prämienpflichtig
	1,25	D	Tarife 2007: prämienfrei, Einmalprämie, Bonus
	0,75	C	Tarife 2006 und 2005: prämienpflichtig
	0,75	D	Tarife 2006 und 2005: prämienfrei, Einmalprämie, Bonus
Tarife 2002, Verträge der ehemaligen Pensionskasse der freien Wohlfahrtspflege VVaG (Penka)			
Zinsüberschussanteil			
	1,05	C	Tarife 2002: prämienpflichtig
	1,05	D	Tarife 2002: prämienfrei, Einmalprämie, Bonus
Tarife 2002, sonstige Verträge			
Zinsüberschussanteil			
	0,25	C	Tarife 2002: prämienpflichtig
	0,25	D	Tarife 2002: prämienfrei, Einmalprämie, Bonus
• Verträge im Rentenbezug			
Die Beteiligung an den Bewertungsreserven für die laufenden Hinterbliebenenrenten in Höhe von 0,05 %-Punkten ist in den genannten Anteilssätzen enthalten.			
Überschussanteil	Anteilsatz in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2012, 7.2008, 1.2008, 2007, 2006, 2005 und 2002			
Zinsüberschussanteil			
	1,95	B	Tarife 2012
	1,45	B	Tarife 7.2008, 1.2008 und 2007
	0,95	B	Tarife 2006 und 2005
	0,85	B	Tarife 2002, Verträge der ehemaligen Pensionskasse der freien Wohlfahrtspflege VVaG (Penka)
	0,05	B	Tarife 2002, sonstige Verträge

C. Hinterbliebenen- und Waisenrenten-Zusatzversicherungen			
II. Tarife 580PK			
• Verträge in der Anwartschaft			
Die Überschussanteile werden mit der Fälligkeit der Überschussanteile der zugehörigen Hauptversicherung gewährt.			
Überschussanteil	Anteilsatz in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2002, Verträge der ehemaligen Pensionskasse der freien Wohlfahrtspflege VVaG (Penka)			
Zinsüberschussanteil			
	1,05	C	prämienpflichtig
	1,05	D	prämienfrei, Einmalprämie, Bonus
Tarife 2002, sonstige Verträge			
Zinsüberschussanteil			
	0,25	C	prämienpflichtig
	0,25	D	prämienfrei, Einmalprämie, Bonus
• Verträge im Rentenbezug			
Die Beteiligung an den Bewertungsreserven für die laufenden Waisenrenten in Höhe von 0 %-Punkten ist in den genannten Anteilssätzen enthalten.			
Überschussanteil	Anteilsatz in %	Bezugsgrößen (s. Abschnitt F)	Ergänzende Bestimmungen
Tarife 2002			
Zinsüberschussanteil			
	1,05	D	Verträge der ehemaligen Pensionskasse der freien Wohlfahrtspflege VVaG (Penka)
	0,25	D	sonstige Verträge

D. Verzinsung der Guthaben

Für das Jahr 2012 wird für die Rentenversicherungen der ehemaligen Pensionskasse der freien Wohlfahrtspflege VVaG (Penka) ein Ansammlungszinssatz für Guthaben aus angesammelten Überschussanteilen in Höhe von 4,30 %, für die sonstigen Versicherungen in Höhe von 3,50 % deklariert.

E. Konsortialgeschäft

Für das Konsortialgeschäft erfolgt die Zuteilung der Überschussanteile auf Basis der zu den vergleichbaren Tarifen der Swiss Life Pensionskasse AG deklarierten Überschussanteilssätze.

F. Bezugsgrößen

In den Einzeltabellen werden folgende Bezugsgrößen für die Bestimmung der Überschussanteile verwendet:

- Bezugsgröße A: Das Deckungskapital zum Ende des zweitvorhergehenden Versicherungsjahres
- Bezugsgröße B: Das Deckungskapital zum Ende des vorhergehenden Versicherungsjahres
- Bezugsgröße C: Das mittlere Deckungskapital des vorhergehenden Versicherungsjahres
- Bezugsgröße D: Das Deckungskapital zum Ende des vorhergehenden Versicherungsjahres, abgezinst mit dem jeweiligen Rechnungszins auf den Beginn dieses Versicherungsjahres
- Bezugsgröße E: Das Deckungskapital zum Zuteilungszeitpunkt
- Bezugsgröße F1: Das Deckungskapital zum Ende des laufenden Versicherungsjahres abgezinst mit dem jeweiligen Rechnungszins auf den Beginn dieses Versicherungsjahres
- Bezugsgröße F2: Das Deckungskapital zum Ende des laufenden Versicherungsjahres bei gleichmäßiger Verteilung der Abschlusskosten auf die ersten 60 Monate, abgezinst mit dem jeweiligen Rechnungszins auf den Beginn dieses Versicherungsjahres
- Bezugsgröße G: Das Deckungskapital zum Ende des Vorjahres (einschließlich Bonusdeckungskapital bzw. Ansammlungsguthaben)
- Bezugsgröße J1: Das Deckungskapital zum Ende des laufenden Versicherungsjahres, abgezinst mit dem Rechnungszins auf den Beginn des Versicherungsjahres (einschließlich Bonusdeckungskapital bzw. Ansammlungsguthaben, jeweils abgezinst mit dem Rechnungszins auf den Beginn des Versicherungsjahres)
- Bezugsgröße J2: Das Deckungskapital zum Ende des laufenden Versicherungsjahres bei gleichmäßiger Verteilung der Abschlusskosten auf die ersten 60 Monate, abgezinst mit dem Rechnungszins auf den Beginn des Versicherungsjahres (einschließlich Bonusdeckungskapital bzw. Ansammlungsguthaben, jeweils abgezinst mit dem Rechnungszins auf den Beginn des Versicherungsjahres)
- Bezugsgröße O: Tarifprämie
- Bezugsgröße P: Prämiensumme
- Bezugsgröße R: Die versicherte garantierte Rente
- Bezugsgröße S: Schlussgewinnkonto des Vorjahres
- Bezugsgröße T: Basisbeteiligungskonto des Vorjahres

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Swiss Life Pensionskasse Aktiengesellschaft, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, 04.04.2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Frank Trauschke
Wirtschaftsprüfer

ppa. Erik Trump
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Geschäftsbericht Swiss Life Pensionskasse AG

Herausgeber:

Swiss Life Pensionskasse AG
Berliner Straße 85
80805 München
Tel. +49 (89) 38109 - 10 70
Fax +49 (89) 38109 - 46 96
www.swisslife.de

Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH, München

Dieser Geschäftsbericht wurde auf einem Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



SwissLife
So fängt Zukunft an.

Swiss Life Pensionskasse AG
Berliner Straße 85
80805 München
Tel. +49 (89) 3 81 09 - 10 70
Fax +49 (89) 3 81 09 - 46 96
www.swisslife.de